

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzustellungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gelapf. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lamerenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanstalt 2 28 41 und 2 28 42.

Der 17. Verbandstag in München.

Im feierlich geschmückten Saal der Tonhalle (Türkenstraße) wurde am Sonntag, dem 5. Juli, abends 6 Uhr, der 17. Verbandstag eröffnet. Unser Kollege Theodor Lederer, 1. Geschäftsführer unserer Zahlstelle München, hieß in herzlichen Worten die Verbandstags Teilnehmer willkommen. Die Tagung werde den Arbeiterfeinden zeigen, daß die Gewerkschaften fest wie eine Mauer stehen und auch in Zukunft allen Anstürmen trohen werden. Bei dem letzten Kongress in München im Jahre 1908 wies der Verband 137.000 Mitglieder auf, jetzt habe er fast 450.000. Der Redner dankte dem Stadtrat für die Überlassung der Tonhalle.

Der Vorsitzende unseres Verbandes, Kollege Brep, begrüßte hierauf die Vertreter der Behörden, die Vertreter der ausländischen Fabrikarbeiterverbände, den Sekretär der Fabrikarbeiterinternationale, R. de Jonge, den 1. Vorsitzenden des ADGB, Ortsausschuß München, den Genossen Schmidt als Vertreter der Stadt und Genossen Timm als 1. Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion des Bayerischen Landtags.

Kollege Brep sagte: Gemeinsam mit unseren ausländischen Kameraden stehen wir im Kampfe gegen den Kapitalismus, der für sich in Anspruch nimmt, Führer in der Wirtschaft zu sein, aber nicht vermocht hat, die Folgen des Krieges zu beseitigen und eine geordnete Wirtschaft an die Stelle der zerstörten zu setzen, um durch geeignete Maßnahmen, mit denen auch die Arbeiter einverstanden sein könnten, zu besseren wirtschaftlichen Verhältnissen zu kommen. Was jene uns als das A und O zur Ankurbelung der Wirtschaft empfehlen, ist nach unserer festen Überzeugung nicht dazu geeignet, sondern engt die Arbeitskraft aufs neue ein und verschlechtert die Zustände. Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands kann für sich in Anspruch nehmen, daß er den Lohnabhängigen des Unternehmertums den Widerstand gelehrt hat, der in dieser Zeit überhaupt möglich ist.

Brep erklärte hierauf den Verbandstag für eröffnet.

Hierauf wählte der Verbandstag die Kollegen Brep, Lederer und Thiemig zu Vorsitzenden und Leitern der Tagung. In Schriftführern werden gewählt: die Kollegin Stephen (Berlin) und die Kollegen Hans Fischer (Fürth), Gustav Meinhardt (Koblenz), Louis Böcker (Hannover), Richard Mager (Dresden), Bruno Späthe (Liegau). In die Mandatprüfungskommission werden entsandt: die Kollegen Peter Kappes (Freiburg), Karl Melich (Dortmund), Ludwig Peter (Harburg), Heinrich Reih (Darmstadt), Fritz Schopf (Neuhaldensleben) und Karl Hermann (Münster).

Es folgen hierauf die Ansprachen der Auslands- und der Behördenvertreter.

Namens aller ausländischen Vertreter dankte der Sekretär der Internationale, de Jonge (Amsterdam), für die Einladung. Der Redner gab einen Auschnitt aus den Arbeitskämpfen in anderen Ländern, die ebenfalls von einer furchterlichen Arbeitslosigkeit heimgesucht werden, und wies auf den Aufstieg der Gewerkschaftsbewegung in Holland und auf den Anschlag der Fabrikarbeiter in Spanien hin. Die Internationale Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände zähle heute in 15 Ländern 23 Organisationen mit etwa 575.000 Mitgliedern.

Der 75 Jahre alte, noch rüstige und 57 Jahre der Gewerkschaftsbewegung angehörnde Genosse P. J. Levenan (London) von der Nationalen Union der englischen Gemeinde- und Staatsarbeiter überbrachte ebenfalls beste Glückwünsche.

Der 2. Vorsitzende des ADGB, Peter Graßmann (Berlin), wies in seiner Begrüßungsansprache auf die bekannten Beschlüsse des Bundesvorstandes zur Rotverordnung vom 5. Juni hin. Er erklärte: Was wir getan haben, geschah nach sorgfältigster Prüfung und in der unumstößlichen Überzeugung, daß es notwendig ist, um Schlimmeres von der deutschen Arbeitererschaft fernzuhalten. Wenn wir überall im Lande dringenden Verständnis für die unendliche Schwere der neu zu tragenden Lasten fanden und auch die Widerstrebenden von der Richtigkeit unserer Auffassung überzeugten, so deshalb, weil wir getragen und gestärkt sind von dem Glauben an die heute mehr denn je notwendige Geschlossenheit der Arbeitererschaft.

Weitere Begrüßungsansprachen hielten Ministerialrat Gaffeiger im Auftrage des Ministeriums für Landwirtschaft und Arbeit, Rechtsrat Karl Schmidt als Vertreter und Sozialreferent der Stadt München.

Damit war der erste Punkt der Tagesordnung erledigt. Die Beratungen wurden auf Montag morgen, 8 Uhr, vertagt.

In die Eröffnungssitzung schloß sich ein von der Zahlstelle München veranstalteter Unterhaltungsabend an. Die Orchestergemeinschaft Münchener Berufs Musiker unter Kapellmeister Hagel, der Volkschor Schwabing und der Arbeiter-Turn- und Sportverein München-Ost wetteiferten miteinander, den Delegierten einen frohen Abend zu bereiten.

Sitzung am 6. Juli, vormittags.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung erstattet Kollege Brep seinen Bericht als Vorsitzender. Er geht auf die furchtbare Krise und ihre Folgen ein. Insbesondere die Arbeitslosigkeit macht die Menschen zu Verzweiflungsakten geneigt. Der Radikalismus



nügt diese Tatsache aus. Unsere Kollegen müssen vor den Arbeitältern den Vorleser spielen. Die Nationalsozialisten sagten programmatisch: „Ein Staat, der seiner Arbeiterschaft keine Arbeit geben kann, ist wert, daß er untergeht.“ Und Italien? Die Arbeiterschaft ist überall ausgehöhlet, entrechtet, unterdrückt. Jeder hat in Augsburg Ähnliches für die deutsche Arbeiterschaft vertreten. Auch in Deutschland sollen alle sozialen und politischen Erzeugnisse der Arbeiterklasse ausgehöhlet werden.

Leider kann die Bourgeoisie auf Rußland verweisen, wie man Arbeiter behandelt. Allerdings würde die deutsche Arbeiterschaft sich eine Behandlung wie in Rußland nicht gefallen lassen. In Rußland sind die sozialpolitischen Einrichtungen wieder abgebaut worden.

Brep geht dann auf die Wirksamkeit des Verbandes in den letzten drei Jahren ein.

Es ist auch in letzter Zeit den Unternehmern nicht gelungen, ihren geplanten Lohnabbau voll durchzuführen. Wir haben mindestens soviel erreicht wie die Arbeiterschaft in kapitalstarken Ländern. Wir haben erhebliche Summen für Unterstützungen ausgegeben. In Rußland gibt es so etwas nicht. Wer die Arbeiter auffordert, heute ihre Organisation zu verlassen, den nenne ich einen Arbeiterverräter, denn er raubt den Arbeitern etwas, was ihnen nicht wieder ersetzt werden kann.

Wir sind nicht so rücksichtslos im Ausschließen wie in Rußland. Ausschluß aus der Gewerkschaft in Rußland heißt wirtschaftlicher Tod.

Weshalb haben wir die Regierung Brüning nicht gestützt? Nicht aus Liebe zu Brüning, sondern um Schlimmeres zu verhindern. SPD, Nationalsozialisten und Hugenberg arbeiteten darauf hin. Die Brüning besetzten wollten, hatten nicht die Absicht, die Rotverordnung zu verbessern. Alle sozialen Einrichtungen sollten verschwinden. Die Sozialdemokratische Partei konnte in Verbindung mit dem ADGB nennenswerte Verschlechterungen abwehren oder rückgängig machen.

Hätten wir nicht die Bahn freigemacht für einen Zwischenfrieden mit der Regierung Brüning, gäbe es keine weiteren Mittel mehr zur Auszahlung der Beamtengehälter, zu Überweisungen an die Gemeinden für Sozialrenten usw. Ein furchtlicher Zusammenbruch wäre die Folge gewesen.

Wir sehen die Sozialdemokratische Partei grundsätzlich an als die politische Vertreterin der arbeitenden Klasse (Beisfall), die wir tatkräftig zu unterstützen haben, und darum haben wir ihr in ihrem letzten Wahlkampf finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Die Sozialdemokratische Partei ist es, die allezeit unsere sozialpolitischen Forderungen nicht nur energisch vertretet, sondern sie auch gemeinsam mit unseren Vertretern und Sachverständigen durchberaten und formuliert hat. Hätten die Kommunisten auch nur ähnlich gehandelt, dann wären auch sie unterstützt worden; sie haben aber alles bekämpft, was von den Gewerkschaften vertreten wurde. Sie propagierten immer das Gegenteil dessen, was die Gewerkschaften wollten. Ihr Kampf galt beinahe ausschließlich den Gewerkschaften.

Grünzel, der Vorsitzende des Keramischen Bundes, berichtet über die Steigerung der Arbeitslosigkeit seit April 1930. An erster Stelle steht diesbezüglich die Industrie der Steine und Erden. Aber auch in den anderen keramischen Gruppen hat die Arbeitslosigkeit furchtlich geweitet. Glas und Porzellan sind stark auf Export eingestell, der aber sehr stark zurückgegangen ist. Trotz alledem haben wir die Mitgliedschaft gehalten.

Für die feinkeramische Branche ist es im Jahre 1929 gelungen, die Stillestandsverordnung zur Durchführung zu bringen.

Für die Zementindustrie ist die teilweise Durchführung des § 7 der Arbeitszeitverordnung gelungen. In der Glasindustrie haben wir erheblichen Frauen- und Jugendschutz erreicht.

Unser Zusammenarbeiten mit dem Hauptvorstand vollzieht sich in voller Kameradschaft. Wir können uns über den Zusammenschluß nur freuen.

Wir haben in diesem Jahr den Bundesstag ausfallen lassen, um Kosten zu sparen. Wir haben so viel Vertrauen zur Gesamtorganisation, daß sie Anträge, die sich gegen den Bestand des Keramischen Bundes richten, nicht fördert. Die Vertreter von Anträgen auf Zusammenlegung des Hauptvorstandes mit der Leitung

des Keramischen Bundes, erwarten von der Zusammenlegung große Vorteile. Diese Annahme ist aber falsch.

Röhler (Hauptkassierer): Einnahmen und Ausgaben und Vermögensbildung in den letzten drei Einzeljahren sind unterschiedlich. Im Jahre 1928 vermehrte sich das Verbandsvermögen um über 3 Millionen Mark, im Jahre 1929 um fast 5 Millionen Mark, während im Jahre 1930 eine geringe Abnahme von 0,23 Millionen Mark zu verzeichnen ist. Die Zahl der Vollbeitragszahler hat sich leider infolge der Krise stark vermindert.

Seit der Stabilisierung hat der Verband über 30 Millionen Mark für Unterstützungen an die Mitglieder ausgezahlt, davon insgesamt 29 1/2 Millionen Mark für Kranken- und Arbeitslosenunterstützung. Die Ausgaben, die 1929 insgesamt 17 1/2 Millionen Mark betragen, stiegen im Jahre 1930 auf 21 1/2 Millionen Mark. Röhler gibt weiter ein umfassendes Zahlenmaterial bekannt. Aus den Zahlen ergibt sich, daß der Verband für die Mitgliedschaft in größter Not geleistet hat, was in seiner Kraft stand.

Röhler teilt mit, daß einige Zahlstellen sich freiwillig bereit erklärten, einen Teil ihrer Lokalkasseneinnahmen dem Hauptvorstand zugunsten der notleidenden Zahlstellen zu überweisen.

Redakteur Kollege Prüll gibt den Bericht über den „Proletarier“. Er teilt mit, daß in den drei Berichtsjahren eine Beschwerde gegen die Redaktion nicht eingegangen ist. Der „Proletarier“ wurde inhaltlich durch eine volle Seite Unterhaltungsbeiträge ausgebaut. Der Redner geht dann auf die niedrige, unzureichende Kampfesweise speziell der SPD-Prese gegen unsern Verband ein. Da es 12 Uhr ist, werden die Verhandlungen vertagt.

In der Nachmittagsitzung wendet sich Prüll den zum Pressebericht vorliegenden Anträgen zu, nimmt zu ihnen Stellung und wünscht zum Schluß, daß sich die Zusammenarbeit zwischen den Kollegen im Reich und der Redaktion in der nächsten Periode ebenso kameradschaftlich vollziehen möge wie bisher.

Kollege Renninger (Redakteur des „Keramischen Bundes“): Die Richtlinien unserer Zeitungen waren immer so gehalten, wie es im Interesse der Mitglieder liegt. Renninger verweist auf die heute andersgeartete Aufmachung der Gewerkschaftspressen. Auch der „Keramische Bund“ ist aus- und umgestaltet worden. Im allgemeinen glaube ich, daß es gelungen ist, inhaltlich der Mitgliedschaft gerecht zu werden. Der Redner bringt dann eine Anzahl von Antworten auf eine Umfrage: „Wie steht es mit dem „Keram.“? Alle sprachen sich für den Komah aus. Um den Geschmack des Lesepublikums festzustellen, hat der Verband der Lithographen und Steindruckere eine Statistik über die Benutzung der Verbandsbibliothek vorgenommen. Und das Resultat? Über 80 Prozent der entlehnten Bücher waren Unterhaltungsliteratur.

Aber die Anträge auf Zusammenlegung der Zeitungen will ich sagen: Unser Verbandsorgan „Keramischer Bund“ muß am Sitze der Bundesleitung sein. Renninger ersucht um Annahme einer in dieser Frage einschlägigen Resolution.

Außerdem ersucht er um Mitarbeit am Verbandsorgan.

Lemehow (Hamburg), Ausschußvorsitzender: Die Arbeiten des Ausschusses sind in der Berichtsperiode stark angewachsen. Zweihundert Fälle mußten erledigt werden. Die Zahl der Ausschüsse hat sich in der Berichtszeit vermehrt. Die Zunahme ist eine Frucht der zerstörten Rechts- und Linksdenkungen. Ich habe den Wunsch, daß in den Zahlstellen Verträge gegen den Verband und seine Einrichtungen festgehalten werden, damit zur gegebenen Zeit das Material zur Verfügung steht. Lemehow führt besonders kräftige Fälle an, in denen kommunistische Mitglieder in der niedrigsten Weise gegen die Organisation arbeiteten. Der Fall „Behne“ ist einer der kräftigsten Fälle.

Hierauf beginnt die Diskussion.

Wassner (Wittenberg) hält seine Agitationsrede, hat aber wieder einmal versäumt, seine Einschließung einzureichen, weshalb sie nicht ins Protokoll kommen kann.

Conenius (Hannover) plädiert für Zusammenlegung der Zeitungen, um Kosten zu sparen und den Ortsverwaltungen die Arbeit zu erleichtern.

Röhler (Berlin) wünscht bessere technische Ausgestaltung des „Proletariers“, insbesondere mehr Wickfang.

Stiermeier (Frankfurt a. M.): Die 40-Stunden-Woche legt den Arbeitenden große Lasten auf, ohne den Arbeitslosen viel zu nützen. In unserem Gebiet Höchst-Frankfurt a. M. sind 50.000 Arbeiter abgebaut. Die Zahlstellen Frankfurt und Höchst müßten vereinigt werden.

Liedtke (Straßburg) will nicht unterfragen, ob nicht die Unternehmer schließlich das „Proletariat“ über Moskau regieren. Unsere Kampferhältnisse müßten so gestaltet werden, daß wir bei Eintritt besserer Konjunktur kampffähig sind.

Hall (Stuttgart) wünscht Zusammenlegung der Zeitungen und Verlegung der Bundesleitung nach Hannover.

Lange (Weißwasser): Die Möglichkeit, daß bei noch größerer Arbeitslosigkeit die Verbandsinstanzen mit einer Rotverordnung kommen müssen, ist nicht ausgeschlossen. Aber die Abgabe eines Teiles der Lokaleinnahmen können wir uns verständigen. Die Zusammenlegung der Verbandsorgane darf nicht durch Zwang erfolgen. Die Vereinstätigung wird sich im Laufe der Zeit von selbst ergeben.

Nickel (Heidenau): Zusammenlegung der beiden Zeitungen ist eine Notwendigkeit. Ich sage das nicht aus Animosität gegen die Kollegen vom Keramischen Bund. In Niederfedlich bei der Firma Kaufmann sind die Kommunisten und Nationalsozialisten Arm in Arm Streikbrecher geworden.

Apel (Salzungen) tritt für Beibehaltung des Unterhaltungsbeilages ein. Die große Mehrheit unserer Mitgliedschaft wünscht den Zusammenschluß der beiden Zentralen.

Adler (Hauptvorstand): Wassner dreht von einem Verbands-tag zum andern dieselbe Walze. Im Stäckstoffwerk Viesterrich hat die SPD versucht, die Arbeiterschaft in den Streik zu treiben. Wassner als Betriebsratsvorsitzender hat verständigerweise durch Flugblätter die Arbeiterschaft auf das Anfeuern der SPD-Parole hingewiesen und sie vor einem unüberlegten Streich gewarnt. Darauf hat der „Klassenkampf“, das kommunistische Organ in Halle, den Kollegen Wassner einen Arbeiterverräter genannt.

Herwig (Köln): Wir müssen für eine gesunde Finanzgebarung sorgen. Die Zahlstelle Köln will der Hauptkasse finanziell beihilflich sein. Hoffentlich folgen diesem Beispiel recht viele Zahlstellen, die dazu in der Lage sind. Wassner will ich sagen: In Köln hat ein Kommunist erklärt: „Es liegt uns weniger an den Interessen der Arbeiterschaft als an den Interessen der kommunistischen Partei.“

Schneider (Erfurt): Was Bassiner uns erzählt, das haben wir von ihm duzendmal gehört. Bessere, praktischere Vorschläge könnte er uns nie machen.

Bruno (Frankfurt a. M.): Das Zusammenarbeiten zwischen Vorstand und Sachleitern war sehr gut. Auf die Finanzfrage eingehend, schildert er die Schwierigkeiten mancher Sachstellen mit Angehörigen, deren Gehaltszahlung am besten auf die Hauptkasse übernommen werden sollte.

Sitzung am 7. Juli, vormittags.

Lederer eröffnet die Sitzung und macht die Mitteilung, daß in der vergangenen Nacht die Schwarzrotgoldene Fahne am Tagungshaus gehißt worden sei. Wer die Liebe hat, kann man sich denken. (Allgemeine Psittufe.)

Rappes (Freiburg) erhebt den Bericht der Mandatprüfungskommission. Anwesend sind 229 Mandatnehmer. Aus drei Wahlkreisen ist ein Wahlprotest vor. Die Kommission empfiehlt, die angefochtenen Mandate der Kollegen Herz (Schönebeck) und Kuggele (Stolp) für gültig, die Wahl von Martens (Wußow) für ungültig zu erklären. Die KPD hat für Martens Wahl durch Flugblätter Propaganda gemacht und zugleich zum Eintritt in die KPD aufgefordert. Der Verbandstag beschließt entsprechend dem Antrag der Kommission.

Ziemig (Hauptvorstand): Dieser Beschluß wird für die Zukunft richtunggebend sein, d. h. wenn für einen Kandidaten eine dem Verbande fernstehende Körperschaft Propaganda macht, ist seine Wahl ungültig.

Die Aussprache wird fortgesetzt. Meyer (Wittföding) weist auf die praktischen Erfolge unserer Verbandschule hin.

Mehlbauer (Nadeberg) erhebt die Zusammenlegungsfrage zurückzustellen. Ich bin nicht unbedingt Gegner einer Zusammenlegung, aber wir dürfen heute einen solchen Beschluß nicht fassen, weil die Folgen zu nachteilig für die Organisation sein würden. Er wünscht in den Verbandszeitungen größere Berücksichtigung von arbeitsrechtlichen Fragen.

Müller (Hauptvorstand) polemisiert gegen den Oppositionsredner Bassiner, und er begründet das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion zur Notverordnung als staatspolitisch klug. Bezüglich der Zusammenlegungsfrage zitiert er diesbezügliche Äußerungen Wollmanns und warnt vor einem Beschluß, der in schwerster Weise gegen das Sonderstatut verstoßen würde. Die innere Stärke des Verbandes darf durch einen solchen Akt nicht erschüttert werden.

Langewies (Ahlfiß): Zum Antrag D 9, der sich gegen die Schreibweise des „Proletarier“ wendet, will ich sagen: Ich habe den Antragsteller gefragt, ob er denn im allgemeinen mit der Schreibweise einverstanden sei, worauf ich die Antwort „Ja“ erhielt. Wagner (Weiden) tritt für weitere Sparmaßnahmen ein. Ich bekenne mich offen als Förderer der Zusammenlegung. Redner ist mit dem Unterhaltungsstil einverstanden.

Brocker (Wanzlan) erörtert Fragen des Unfallchutzes. Kämmer (Köslin): Wir dürfen nicht nur an Unterstützung sparen, sondern müssen das auch an anderen Stellen tun. Die Unternehmer haben rationalisiert, das kann mit unseren Zeitungen auch geschehen.

Schmidt (Hannover): Verschiedene Anträge verlangen die Herabsetzung der Altersgrenze und der Invaliditätsgrenze der Versicherung. Die Herabsetzung des Alters von 65 auf 60 Jahre würde eine Erhöhung der Zahl der Rentner um 650 000 und eine Mehrausgabe von pro Jahr 600 Millionen Mark zur Folge haben. Ob das heute tragbar ist, bezweifle ich. Ich bitte, die entsprechenden Anträge A 2-6 dem ADB zur evtl. Weiterleitung zu überweisen.

Zur Rechtsprechung übergehend, kritisiert der Redner eine Reichsgerichtsentcheidung, wonach die Arbeitsruhe am 1. Mai als beherrschende Arbeitsverweigerung anzusehen sei. Das ist ein Rückschritt in die früheren Zeiten.

Zur Schulfrage stellt Schmidt fest, daß auf diesem Verbandstag sehr viele Schüler unserer Weimarer Schule anwesend sind. Mager (Dresden): Die Anträge für Zusammenlegung der Zeitungen richten sich nicht gegen die Bundesleitung, sondern sind aus Sparmaßnahmsrücksichten geboren.

Brandel (Sonneberg): Die Herabnahme der Heimarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung muß unbedingt abgelehnt werden. Schauer (Altenburg): Die Mitgliedschaften haben in letzter Zeit energig gefördert. Die Zusammenlegungsfrage nicht oberflächlich zu behandeln. Hier können wir sparen, ohne daß es auf Kosten der Mitgliedschaft geht.

Elslein (Hannover): Das Heimarbeiterproblem beschäftigt seit Jahren die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften. Unser Vorstand hat beim Reichsamt für Arbeiterversicherung gegen die Herabnahme der Heimarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung Verwahrung eingelegt. Der kommende Gewerkschaftskongress muß verlangen, die Frage des Schutzes und der Versicherung der Heimarbeiter auf eine einheitliche Grundlage zu bringen.

Fischer (Merseburg) wünscht eine einheitliche Zeitung. Redner dankt den wohlhabenden Sachstellen für ihre Hilfsbereitschaft, glaubt aber nicht, daß dadurch die Schwierigkeiten der notleidenden Sachstellen behoben werden können. Der Vorstand soll uns einmal eine Übersicht über diese notleidenden Sachstellen geben. Dann müssen positive Reformen vorgenommen werden. Der Redner erklärt: Im Jahre 1928 ist vor dem Verbandstag im Frankfurter Gebiet ein Flugblatt verbreitet worden, das mir zur Last gelegt wird. Ich habe damit nichts zu tun. Ich habe es weder verfaßt noch seine Verbreitung veranlaßt. Ich habe als ehemaliger Kommunist das Falsche der kommunistischen Propaganda erkannt. Weil ich die Spaltung der Arbeiterbewegung durch die KPD als größtes Verbrechen erkannt habe, deshalb kämpfe ich mit meiner ganzen Kraft gegen dieses Verbrechen der KPD.

Kohl (Berlin): Vorstand und Bundesleitung bringen in der von ihnen vorgelegten Resolution die gute Zusammenarbeit zum Ausdruck. Redner begründet eine weitergehende Resolution, wonach Vorstand und Bundesleitung beauftragt werden, alsbald Verhandlungen einzuleiten mit dem Ziele der Vereinheitlichung unserer Verbandszeitungen.

Martin (Gera) wünscht Aufklärung in der Verbandspresse über das hinterhältige Spitzentum des Stahlheles.

Müller (Leipzig) ist erfreut über die Solidarität der reichen mit den notleidenden Sachstellen. Bezüglich der Zusammenlegung schlägt er sich den Ausführungen Grünwals an.

Meyer (Ebing): Wir müssen uns wehren gegen den Lohnabbau und die unzufolge resultierende Verkürzung der Arbeitszeit, sonst haben wir einen doppelten Lohnabbau. Ich erkläre mich für die jetzt vorliegende weitgehende Resolution zwecks Zusammenlegung der Zeitungen.

Meyer (Gera): Der Vorstandsbericht weist leider einen Rückgang der Mitgliedszahl auf. Gewiß ist die Krise mit daran Schuld. Aber wir müssen auch wissen, wie der Verfall der Mitgliedszahl entgegenwirkt werden soll. Wir müssen ein Mittel finden, die Angehörigen der Organisation zu erhalten.

Sitzung am 7. Juli, nachmittags.

Die verschiedenen Berichtserfasser zum Vorstandsbericht erhalten zunächst ihre Entgegnung.

Redakteur Reuninger: Was gegen den „Keramischen Bund“ gesagt wurde, war nicht sehr schmeichelhaft. Ich nehme die guten Vorschläge gern entgegen. Die Zusammenlegung zum Unterhaltungsstil hat mich gereut. Wir waren also mit dieser Rezension auf dem rechten Wege.

Redakteur Prüll: Bassiner hat uns etwas über Demokratie gesagt. Ich will ihm darüber auch etwas erzählen, nämlich die Stellung Rosa Luxemburgs, die an Geist weit aufzuweisen hat, als führende Führer der herrschaftlichen KPD. In ihrer Propaganda „Die russische Revolution“ sagt sie:

„Die Führer des Proletariats denken nicht in der Absehung der Demokratie, sondern in der Art ihrer Anwendung.“ Dem Antrag Wiesdorf und dem gleichen Verlangen Köhlers (Berlin), im „Proletarier“ mehr Wirkungs-Anpassung anzunehmen, soll Rechnung getragen werden, soweit die Einzelnen das gestatten.

Köhler (Hauptkassierer) beschäftigt sich dann mit einem Artikel der kommunistischen „Neuen Arbeiter-Zeitung“ in Hannover. In vollständig tendenziöser Aufmachung hat das Kommunistenblatt den Kassierer verurteilt, unter Einlegung ganz anderer Zahlen, als sie der Jahresabschluss zeigt. Das war unter anderem schandhaft und einige Akten haben, berechnigt das genannte Kommunistenblatt nicht, zu schwindeln. Wir haben allerdings keine Ursache, die Reue der des Schandblattes zu beschließen. Wir wollen aber an den kommunistischen Nationalen in Wittenberg (Saalkreis, 90 000 Mark) erinnern. Ich halte es für sehr. Die in der „Neuen Arbeiter-Zeitung“ eingelegten Zahlen sind bewußt gefälscht. Nun mag der Kassierer laufen.

Grünzel, Berlin (Keram. Bund): Ich habe Ihnen gezeigt, daß wir Vertrauen zum Gesamtverband haben. Wir erwarten es aber auch von Ihnen. Würden Sie die Zusammenlegung beschließen, so müßte eine Bundesversammlung einberufen und zur Entscheidung angerufen werden. Wenn Sie die Bundesleitung von Berlin wegnehmen, so trennen Sie uns von unserem eigentlichen Arbeitsfeld. Ich ersuche Sie um Ablehnung der Resolution Kopf und Annahme unserer Resolution.

Brey (Hauptvorstand): Es ist gesagt worden, daß wir jedenfalls noch nicht die letzte Notverordnung haben, und doch damit Schluss gemacht werden muß. Ob noch Notverordnungen kommen, weiß ich nicht, und wenn sie kommen, so weiß ich heute trotzdem noch nicht, wie wir uns dazu verhalten werden. Wo ist die Grenze? Was ist hinter dieser Grenze? Im gegebenen Falle werden ADB, und Sozialdemokratische Partei beraten, wie wir handeln wollen. Wir haben die Notverordnung nicht beschlossen, sondern bekämpft und versucht, sie zu verbessern. Auch unser Verbandstag protestiert dagegen.

Wir protestieren überhaupt dagegen, daß die deutsche Arbeiterschaft in der Wirtschaft eine Nebenrolle spielen soll. Wir lassen uns auch sozialpolitisch nicht auf eine Linie drängen, die zur Zeit der römischen Cäsaren anbracht gewesen sein mag.

Unsere Forderungen.

Man kann in Wünschen sich vergegenständlichen, man wünscht leicht zum Überfluß, wir aber wünschen nicht vermessen, wir wünschen, was man wünschen muß; denn soll der Mensch im Leben leben, so brauchet er sein täglich Brot, und soll er sich zum Geiß erheben, so ist ihm seine Freiheit not.

Ußland.

Die Arbeiterschaft will mitbestimmend werden in allen Kartellen, Konzernen und Trusten. In Rußland paßt man sich wohl heute dem Kapitalismus an? Das ist auch ein Stück geschichtlicher Entwicklung. Und in Deutschland? Trotz großer Not geben wir die Hoffnung nicht auf, daß wir auch wieder kräftig vorwärtschreiten, wenn die Arbeiterschaft ihrer Organisation die Treue hält, so daß wir durch den Krisensturm wieder in die lichte Welt kommen.

Hierzu erfolgen die Abstimmungen über die zum Vorstandsbericht vorgelegten Anträge und Resolutionen.

Angenommen wird mit allen Stimmen gegen eine (Bassiner, Wittenberg) folgende vom Kollegen Brey vorgelegte

Entschließung:

„Der 17. ordentliche Verbandstag erklärt, daß trotz Wirtschaftskrise und der daraus entpringenden Massenarbeitslosigkeit die Organisation in der Lage gewesen ist, den Lohnabbau einzudämmen. Die Abwehr des Lohnabbaus hätte noch wirksamer sein können, wenn die Arbeiterschaft nicht der Spaltung unterliegen wäre.“

Eine wirksamere Vertretung der Rechte und Interessen der Kolleginnen und Kollegen erfordert eine einheitliche, geschlossene Organisation.

Die Gleichgültigen und die organisationsfeindlich Gesinnten, blaue, gelbe und rote Spalter, die zwar die Früchte der Organisationsarbeit genießen, die Organisation aber zu einer Taktik veranlassen wollen, mit der sie im eigenen Lager nicht nur Mißerfolge, sondern Schädigungen der Arbeiter herbeiführen, sind als Feinde und Verräter der Arbeiterklasse zu brandmarken.

Der Verbandstag bekräftigt aufs neue, daß nach den Grundsätzen und Satzungen unseres Verbandes eine völlig gleichberechtigte Stellung der Arbeiterklasse in Staat und Gesellschaft anzustreben und für Anerkennung des Wertes und des Rechtes der Arbeit zu kämpfen ist.

Viele Ziele sind durch den Machteinfluß des Verbandes oder auch den der gesamten gewerkschaftlichen Organisationen allein nicht erreichbar. Der Verband muß mitwirken in der einzigen, geschlossenen Arbeiterklasse und deren politischer Vertretung. Wäher hat sich nur die sozialdemokratische Vertretung in Reich, Ländern und Gemeinden zur Vertretung der von den Gewerkschaften aufgestellten Forderungen bekannt, während die kommunistischen Fraktionen diese Forderungen in der Regel niederstimmten. Der Verbandstag erklärt es daher den Grundsatzen des Verbandes entsprechend, daß er der Sozialdemokratie im Wahlkampf ideale, finanzielle und sonstige Unterstützung geleistet hat.

Der Verbandstag erklärt in der Zeit von den Vertretern der bürgerlichen Parteien betriebenen Wirtschafts-, Zoll-, Finanz- und Sozialpolitik eine Schädigung der Interessen der Arbeiterklasse. Diese Politik führt weder zur Arbeitsbeschaffung noch zur Verbesserung der Wirtschaft. Diese Sozialpolitik und diese sozialpolitischen Maßnahmen führen vielmehr zur weiteren Senkung der Kaufkraft und zum Rückgang des Wirtschaftslebens.

Die Leistungen der Sozialversicherung sind aber das zulässige Maß hinaus eingeschränkt. Trotzdem treten neue Gefahren der Einschränkungen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung, der Unfall- und der Invalidenversicherung auf. Vor Änderungen zu Lasten der Arbeiter, Lohn- und Gehaltsempfänger kann der Verbandstag nur dringend warnen. Nicht Abbau, sondern Ausbau der Sozialversicherung ist geboten. Der Verbandstag erhebt gegen die Notverordnung Protest und tritt der Entschließung des Bundesvorstandes vom 21. Juni bei.

Die Weltwirtschaft wurde durch die Auswirkungen des Weltkrieges sehr empfindlich gestört. Die herrschenden Wirtschaftskreise haben nicht vermocht, diese Kriegsjahre zu beheben. Die Arbeiterklasse hat darunter am meisten zu leiden. Vermeint hat der Kapitalismus das Übel und damit die Notlage der Arbeiterschaft noch durch eine um dem Unternehmer zum Vorteil gehende Rationalisierung und Technisierung. Millionen nur teilweise Beschäftigte und Millionen Arbeitslose sind die direkten Opfer. Ihnen muß möglichst schnell zu helfen, ist unser Wille.

Der Staat der Arbeitslosen macht die Umorganisation und Vereinheitlichung der Krankenfürsorge und der gemeindlichen Wohlfahrtsunterstützung dringend notwendig, deren Leistungen auf das Reich zu übertragen sind.

Die Sorge für die Arbeiter, die, wenn sie entlassen werden, jahrelang oder überhaupt nicht Arbeit finden, macht es erforderlich, daß durch gesetzliche Arbeitszeitverkürzung Arbeitsplätze freigemacht werden.

Der Verband hält die Schaffung eines sozialen, einheitlichen Arbeitsrechts nach der Verfassung (Art. 157-165) für erforderlich; ferner den Ausbau der Arbeitsrechtspflege und die Vervollständigung der Versicherungen in der Invalidenversicherung, Vereinheitlichung und Vereinigung der Sozialversicherung ist anzustreben; desgleichen Ausbau des Arbeiterchutzes und insbesondere verstärkter strafrechtlicher Schutz gegen die Ausbeutung der Arbeiterschaft; weitere und sichere Erhaltung der Berufskrankheiten als Unfallfolgen; wirksamer Heimarbeiterchutz.

Mit den Vorhaben, vorstehende Maßnahmen zu fördern und die Arbeiter vor Gewalttätigkeiten der Vergewaltigung zu beschützen, wird der Verband seinen organisatorischen Aufgaben gerecht und fördert damit die Befreiung der Arbeiterklasse. August Brey.

Angenommen wird auch die folgende

Entschließung des Hauptvorstandes und der Keramischen Bundes: Der Bundsvorstand und Leitung des Keramischen Bundes erklären, die Vereinigung hat sich bewährt. Die Zusammenarbeit ist gut zu reibungslos. Das Verhältnis ist seit dem letzten Verbandstag sich gebessert. Kleinere Hemmnisse, die sich hier und da gezeigt hätten, sind friedfertiger und kollegialer Weise behoben. Insbesondere kann festgestellt werden, daß sich der Geschäftsverkehr zwischen dem Bundsvorstand und der Bundesleitung gut einstellt. Auch die beiden Redaktionen stehen in guter Verbindung miteinander. Es kann deshalb erneut die Vereinigung als ein sehr hoch zu schätzender Erfolg bezeichnet werden.

In gemeinsamer Beratung haben der Bundsvorstand und die Bundesleitung erstlich die Notwendigkeiten und Möglichkeiten gegeben und, eine noch engere Verbindung mit dem Ziel weiterer Vorteile für die Organisation und Verbilligung der Verwaltung und der Zeitungen zu erreichen. Eingehend wurde dabei auch unterfucht, welche Möglichkeiten für eine Zusammenlegung der beiden Verbands- und der Redaktionen sowie für die Vereinheitlichung der beiden Verbandszeitungen bestehen.

Einmütigkeit besteht darin, daß bei einer Zusammenlegung der Büros des Hauptvorstandes und des Keramischen Bundes an einen Ort die Zusammenfassung in einem Gebäude selbstverständlich ist. Dort würden sich Vereinfachungen in der Geschäftsführung und in der Erledigung der Aufgaben ergeben. Die Redaktionen und die Expeditionen der beiden Verbandszeitungen könnten zusammengelegt und auch der Inhalt der Zeitungen weitgehend vereinheitlicht werden.

Wenn auch in objektiver Würdigung aller Umstände mit weitreichenden Änderungen und großen Verbilligungen nicht zu rechnen ist, hält es der Hauptvorstand und die Bundesleitung doch für selbstverständlich, daß unter Berücksichtigung der in dem Sonderstatut niedergelegten Vereinbarungen alle vertretbaren Möglichkeiten zur Vereinfachung und Verbilligung wahrgenommen werden. Sie werden deshalb auch künftig in gemeinsamer Beratung und Verständigung dieses Ziel anstreben. Darüber hinaus werden sie die Bestimmungen des Sonderstatuts selbst überprüfen, um festzustellen, ob die einzelnen Bestimmungen noch zweckdienlich sind.

Als Ergänzung zu der vorstehenden Entschließung wurde auch folgende angenommen:

Hauptvorstand und Leitung des Keramischen Bundes werden vom Verbandstag beauftragt, alsbald Verhandlungen aufzunehmen, die die Zusammenlegung der beiden Verbandszeitungen bezwecken und herbeiführen.

- Hans Kohl, Louis Brandel, Hermann Müller, Wilhelm Schreiber, Will Schreiber, Wilhelm Schreiber, Hermann Müller, Otto Kammer, Hermann Müller, Wilhelm Schreiber, Robert Wollmann, Robert Wollmann, Robert Wollmann, Robert Wollmann, Robert Wollmann, Robert Wollmann.

In folgendem Beschluß wird der Verbandsleitung das Vertrauen ausgesprochen:

Der Verbandstag nimmt die Berichte der Verbandsleitung, einschließl. Kassensführung, entgegen. Er erkennt diese Tätigkeit und Bemühungen an, hofft auf Befestigung und Überwindung aller heute auftauchenden Widerstände und glaubt dadurch auch wieder größere und bessere Erfolge für die Mitgliedschaft und das arbeitende Volk zu erlangen.

Er spricht der Verbandsleitung das Vertrauen und Entlastung aus.

Späts (Altenburg), Mager (Dresden). Angenommen gegen Bassiner (Wittenberg) und Thies (Sonneberg).

Weitere Beschlüsse zum Vorstandsbericht:

In Anbetracht der großen finanziellen Notlage, in der sich eine große Anzahl von Sachstellen befindet, wird der Vorstand beauftragt, während des Verbandstages mit den Vertretern der Sachstellen, die über einen Kasienbestand von 10 Mk. und mehr pro Mitglied verfügen, in Verbindung und Verhandlung zu treten mit dem Ziel, finanzarmen Sachstellen eine geldliche Beihilfe zu gewähren.

Für den Fall, daß diese Verhandlungen wider Erwarten den gewünschten Erfolg nicht haben sollten, würden der Vorstand und die Statutenberatungskommission die Anträge auf Herabsetzung der Anteile dem Verbandstag zur Entscheidung vorlegen und deren Annahme empfehlen.

Antrag Leipzig: Der 17. Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands beauftragt den Hauptvorstand, beim Vorstand des allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes dahin zu wirken, daß derselbe mit der Sozialdemokratischen Partei Stellung nimmt zur Abänderung der Gewerbeordnung. Im § 123 ist Ziffer 8 zu streichen und in § 133b an Stelle 20 Beschäftigte 10 Beschäftigte zu setzen.

Antrag Wiesdorf: Der „Betriebsrat“ ist weiter auszubauen. Die wichtigsten Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts arbeitsrechtlicher Natur müssen den Betriebsräten und Vertrauensleuten möglichst bald nach der Veröffentlichung zugänglich gemacht werden.

Antrag Darmstadt: Der Verbandstag möge den Hauptvorstand beauftragen, an zuständiger Stelle dafür einzutreten, daß Chinerkrankungen als Berufskrankheit anerkannt werden.

Antrag Waldenburg: Der 17. Verbandstag beauftragt den Bundsvorstand, bei den zuständigen Behörden dahin zu wirken, daß die Berufskrankheit (Staublunge) bei Arbeitern in Glasfabriken, Abteilung Poterie, als entschuldigungspllichtige Berufskrankheit anerkannt wird.

Verschiedene andere Anträge wurden dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Es folgt Punkt 8 der Tagesordnung: „Die Jugendbewegung in unserem Verbande.“

Karl (Hauptvorstand) gibt einen Überblick über die Jugendbewegung in den einzelnen Bauen. Die in der Jugendbewegung führenden Mitglieder unseres Verbandes wurden mit Literatur versehen. Die Verbandszeitungen haben die Jugendbewegung nach Möglichkeit gefördert durch einschlägige Artikel. Durch Vermittlung der Verbandsleitung konnten mehrere in der Jugendbewegung tätige Kollegen an Jugendleiter-Lehrgängen teilnehmen. Im allgemeinen können wir eine gute Entwicklung der Jugendbewegung in unserem Verbande feststellen. Die Jugendlichen greifen mit Lust und Liebe selbst in die Gewinnung neuer jugendlicher Fernsprecher ein. In Jugendversammlungen werden Vorträge über die verschiedensten die Arbeiterjugend interessierenden Wissensgebiete gehalten. Es soll an dieser Stelle auch gesagt werden, daß manche Sachstellen sich bisher passiv verhalten haben zur Jugendbewegung in unserem Verbande. Die Befreienden sollen wissen, daß diese Passivität die Gefahr in sich birgt, daß die Jugendlichen von einem der Arbeiterbewegung feindlichen Geist erfaßt werden.

Wagner (Weiden): Alles rings heute um die Seele der Jugendlichen, und auch dieses Ringen ist ein Stück Klassenkampf. Die gewerkschaftliche und sozialistische Aufgabe kann nicht von einer Generation gelöst werden; deshalb müssen wir den Nachwuchs der Arbeiterklasse erziehen und heranbilden. Unsere Jugendleitung hat bisher schon gute Arbeit geleistet. Leider haben wir in der bayerischen Oberpfalz viel gegen bedrückende Schikanen zu kämpfen.

Kollegin Richter (Hirschberg): Es ist erfreulich, daß die Gewerkschaften sich immer mehr der Jugendlichen annehmen. Selbstverständlich haben wir das größte Interesse daran, auch die Mädchen zu Mitgliedern unseres Verbandes zu haben. Ein Mittel hierzu ist, den Jugendlichen sportliche Betätigung zu ermöglichen. Das Interesse der Jugendlichen an der Jugendgruppe ist die Befriedigung des Dranges nach Freiheit, nach Welt, d. h. mit müssen von Zeit zu Zeit Jugendtreffen veranstalten, wenn auch nur bezirksweise. Wir haben die Jugendlichen zum Sparen für den genannten Zweck angeregt. Wir müssen aber auch unsere Ansprüche auf kommunale Mittel zu Bildungszwecken erheben.

Kollegin Jammert (Hannover): Aber die Notwendigkeit der Erziehung der Jugendlichen und insbesondere auch der Mädchen ist

kein Streit. Ich will auch sagen, daß die Funktionärinnen in der Jugendbewegung gut arbeiten können. Sie sind besonders gut dazu geeignet. Sie sind wohl auch in der Lage, bei den jungen Mädchen das Minderwertigkeitsgefühl zu bannen.

Elgung am 2. Juli, vormittags.

W. d. e. r. (Hannover): Unsere Jugendbewegung ist noch sehr ausbaufähig. Die Jugendlichen können schon in den Betrieben erfaßt werden.

P. e. d. i. e. (Stralsund): Vergessen wir nicht, unsere wandernden Jugendgenossen geistlich und seelisch zu unterstützen, sagen wir ihnen einige freundliche Worte!

S. e. g. e. r. (Hannover): Das Verlangen der Jugendlichen nach Freizeitsgestaltung ist teilweise bis jetzt schon von den Gewerkschaften befriedigt worden, aber es muß noch mehr betriebl. Freizeitsgestaltung, muß zugleich sehr freudig empfundene Jugendzweckung, Verbesserungen wirtschaftlicher Art für die Jugendlichen kommen, den Gewerkschaften als vorzügliches Werbemittel zugute. Psychologisch ist festgestellt, daß Jugendliche ungefähr bis zum 14. Jahre die Familie suchen, über dieses Alter hinaus jedoch suchen sie die Gemeinschaft ihres Alters, das Gruppenleben. Die Jugendführerbewegung bedarf immer noch einer Förderung.

K. a. l. (Hauptvorstand) hebt in seinem Schlusswort besonders hervor: Die Jugend muß sich insbesondere selbst in der Jugendbewegung betätigen können. Sagen wir noch, daß die Jugendlichen bis zu 18 Jahren in der Jugendgruppe sein sollen. Aber wir brauchen nicht ängstlich zu sein, wenn besonders begeisterte und befähigte Mitglieder bis zu 20 Jahren in der Jugendgruppe bleiben. Der Prosentatz der Mädchen in unseren Jugendgruppen ist verhältnismäßig hoch, in manchen ist er höher als der Prozentatz der Jungen. Nehmen wir das Leben möglichst lebensnah und fästern wir die Jugendlichen nicht pflüchlich mit allen möglichen Theorien fort. Mehrere zu diesem Punkt vorliegende Anträge werden dem Vorstand überwiesen.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung „Die deutsche Wirtschaft“ erhält nunmehr das Wort der Reichsarbeitsminister a. D. Gen. Rudolf Wissell. Das Referat selbst wird als Broschüre erscheinen, die unseren Mitgliedern jedenfalls wertvoller sein wird, als ein stückweiser Auszug im „Proletariat“.

Zu dem Vortrage des Genossen Wissell erfolgt die Annahme folgender:

Entscheidung:

Die einer Katastrophe nahekommende Wirtschaftskrise der Gegenwart hat ihre Ursache in den Ungleichheiten der kapitalistischen Wirtschaft und in den unmittelbaren und mittelbaren Folgen des Weltkrieges. Der letztere hat die Fäden zerrissen, die in einer jahrzehntelangen Entwicklung die Wirtschaftsvölker der Erde zu einer kapitalistischen Wirtschaftseinheit verbanden. Die Vertreter der kapitalistischen Wirtschaft haben diese Fäden nicht restlos wieder zu knüpfen verstanden. Die hereingebrochene Krise zeigt mit größter Anschaulichkeit, wie schlecht die in die Weltwirtschaft verflochtenen Volkswirtschaften aufeinander abgestimmt sind.

Durch den Krieg für die Erzeugung von Kriegsmaterial in Bewegung gesetzt, sind die den Menschen zur Warenherzeugung zur Verfügung stehenden Produktionskräfte ins Ungemessene gewachsen. Neue Industrieländer sind entstanden, die in schweren Wettbewerben mit den alten Industrieländern getreten sind. Über planlos arbeitende Länder nebeneinander her und hindern durch übersteigerte Jähle den reibungslosen güterwirtschaftlichen Ausgleich. Man redet von wirtschaftlicher Zusammenarbeit, vermag sie jedoch nicht zu erreichen. Für ungezählte Millionen fleißiger arbeitswilliger Menschen ist die große Leistung menschlichen Scharfsinns, vermöge deren die Erzeugungskraft der Wirtschaft in ungeahnter Weise gesteigert ist, statt zu einer Erleichterung der Arbeitslast und zum Segen für die gesamte Menschheit zum bittersten Fluche geworden.

Für Deutschland sind die durch diese Wandlung sich ergebenden wirtschaftlichen Folgen verschärft worden durch die Reparationen, die die Kraft des Landes erheblich übersteigen. Statt planvoll den Aufbau der Wirtschaft zu vollziehen, haben die Führer der deutschen Wirtschaft planlos, nur den Augenblicksinteressen folgend, den Aufbau nach ihren kapitalistischen Interessen und nicht nach denen der Gesamtheit vollzogen. Anstatt einer planvollen Zusammenfassung aller Kräfte, einer Einordnung der verschiedensten Wirtschaftsfaktoren in die Gesamtwirtschaft Deutschlands, die uns aus dem Zusammenbruch heraus zu neuem Leben hätte gelangen lassen, hat der Kapitalismus keine in ihrem Verlauf beherrschte und geordnete, sondern eine blind abrollende Wirtschaft geschaffen. So erleben wir denn in der jetzigen Zeit der größten Entfaltung der Produktionskräfte, die die menschliche Gesellschaft je zu verzeichnen hatte, den Prozeß der Mechanisierung menschlicher Arbeit und

damit die Erhöhung menschlicher Arbeitsleistung, die wir schon seit Beginn des Maschinenzeitalters kennen, in potenziert Form noch einmal. Ebenso ohne Plan wie zu Beginn des Maschinenzeitalters.

Weit mehr als vor dem Kriege erweist sich die Lage der deutschen Industriewirtschaft und damit des deutschen Proletariats als unsicher und krisengekränkt. Millionen Arbeitslose warten vor den Arbeitsämtern und in ihren Wohnungen, ohne einen Ausweg aus dem stehenden Nichtstun zu sehen. Die heutigen Wirtschaftsführer vermögen ihn auch nicht zu zeigen. Mit Lohnminderung und Abbau der sozialpolitischen Leistungen wird versucht, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Vergebens!

Die gesellschaftliche Umgestaltung, die wir als Folge der Kriegsnachwirkungen erlebt haben, läßt alle von ihr Ergriffenen, von chronischer Angst durchwältigt, irgendwo und irgendwie einen Halt zu gewinnen suchen. Sie spüren das Schwanken des wirtschaftlichen Bodens unter den Füßen und empfinden dumpf die großen Unzulänglichkeiten der heutigen Wirtschaftsweise. Aber sie sind noch nicht zur Erkenntnis des Weges gekommen, der aus den gegenwärtigen Wirtschaftskrisen herausführt. So verfallen sie den Schreibern, die aus einem völligen Zusammenbruch ein neues Leben versprechen. Sie sehen noch nicht, daß die in Profitstreben und Ehrgeiz bestehenden Antriebskräfte der kapitalistischen Wirtschaft längst nicht ausreichen, um eine den Bedürfnissen der Gesamtheit Rechnung tragende Gestaltung der Wirtschaft zu gewährleisten, und daß nur aus dem Sozialismus neues Leben erwachsen kann. Die Wirtschaft darf nicht auf den materiellen Verdienst aufgebaut sein, sondern muß auf den Dienst aller für alle, auf einen bestimmten Pflichtenkreis der Gesamtheit gegenüber, mit dem Ziel der billigsten Bedarfsdeckung für die Menschen gestellt werden, wie ihn allein der Sozialismus ermöglicht.

Wä zur Verwirklichung des sozialistischen Ideals muß auch in der heutigen Zeit und gerade in der Gegenwart eine planmäßige Wirtschaft angestrebt werden, die der Wirtschaft eine gleichberechtigte Mitwirkung gestattet. Die Industriewirtschaft darf nicht länger dem willkürlichen Gemessen der Unternehmerverbände überlassen bleiben. Die einzelnen Betriebe jedes einzelnen Wirtschaftszweiges sind in einer Produktions- und Absatzgemeinschaft organisatorisch zusammenzufassen. Diese sind von einer sie zusammenschließenden Spitze auf eine Produktions-, Preis- und Kapitalpolitik zu kontrollieren, deren leitender Gedanke die möglichst wohlfeile und reichliche Versorgung der Bevölkerung ist.

Der Hauptvorstand.

Zum Inkrafttreten des Hoover-Planes.

Eine Atempause in den Reparationszahlungen. — Wie muß die Arbeiterschaft sie ausnützen?

Nach 14 Tagen hatten Ringens ist eine Einigung zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Frankreich über den sogenannten Hoover-Plan zustande gekommen. Diese zwei Wochen gehörten zweifellos zu den härtesten Belastungsproben, die Deutschland auszuhalten hatte. Noch in den allerletzten Tagen wurde von der Reichsbank erwogen, ob nicht weitere Maßnahmen zum Schutze der deutschen Währung eingeleitet werden sollten. Nun ist endlich dieser ungeheure Alpdruck von der deutschen Wirtschaft genommen, und die ganze Welt wird aufatmen, daß eine Einigung über dieses schwierige Werk gelingen konnte. Wenn es schwer war, alle widersprechenden Interessen unter eine Formel zu bringen, so darf man nicht vergessen, daß noch niemals in der Geschichte ein so stark in internationale Wirtschaftsbeziehungen eingreifendes Abkommen so schnell realisiert werden konnte. Die meisten Menschen stellen sich, von ihrem engen Interessenskreis aus gesehen, solche komplizierten Lösungen viel zu leicht vor. Bei Licht besehen wirken solche Dinge ganz anders. Man muß bedenken, daß der Young-Plan für mehr als ein Duzend Länder unmittelbar Bedeutung hat und die Budgets dieser Länder auf diese Regelung abgestimmt waren. Nun ist die unmittelbare Spannung beseitigt, und die zivilisierte Menschheit kann darangehen, im Zeitraum eines Jahres das notwendige friedliche Zusammenleben gegenseitig so abzustimmen, daß die zermürbende Spannung beseitigt ist.

Nach dem Plan des amerikanischen Präsidenten und nach den Abmachungen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten sieht die Regelung ungefähr so aus: 1. Die Zahlung der Regierungsschulden wird vom 1. Juli 1931 bis 30. Juni 1932 eingestellt. 2. Das Deutsche Reich ist in dieser Zeit der Pflicht enthoben, Reparationszahlungen in fremde Währung übertragen zu müssen. Es hat aber den Betrag der ungeschuldeten Annuität, die von der Reichsbahn zu leisten ist, zu zahlen; jedoch sollen diese Beträge der Deutschen Reichsbahn bzw. dem Deutschen Reich als Anleihe zurückerstattet werden. 3. Alle Zahlungen werden unter den von der amerikanischen Regierung angeregten Bedingungen verzinst und in zehn Jahresraten vom 1. Juli 1933 an getilgt. 4. Es soll eine gemeinsame Aktion der zentralen Notenbanken durch Vermittlung der Bank für internationalen Zahlungsausgleich zugunsten der europäischen Länder organisiert werden, die durch die Aufhebung der deutschen Zahlungen besonders in Mitleidenschaft gezogen werden. Gedacht ist hier an die kleineren Länder, wie Belgien, Jugoslawien, Rumänien usw. 5. Die Sachleistungen und die verschiedenen technischen Bedingungen, die durch die Anwendung des amerikanischen Vorschlags und des vorliegenden Abkommens notwendig werden, sollen durch einen Ausschuss von Sachverständigen geprüft und mit dem Geiste des Hoover'schen Vorschlages in Einklang gebracht werden.

Das sind die Grundgedanken des Abkommens zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten und Frankreich. Der so formulierte Plan ist sofort in Kraft getreten. Für uns ist es wesentlich, daß das Prinzip des Vorschlages von Hoover aufrechterhalten geblieben ist. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die offen gebliebenen Fragen durch den Sachverständigenausschuss vollständig bereinigt werden. Aufgabe der europäischen Staaten ist es nunmehr, in allen Teilen eine Verständigung herbeizuführen. Amerika will sich dabei passiv verhalten und nur eingreifen, wenn es notwendig sein sollte. Hoffentlich treten dabei nicht neue Reibungen auf, damit endlich einmal von einem friedlichen Einvernehmen der so schwer leidenden europäischen Menschheit gesprochen werden kann. Wir müssen immer wieder darauf hinweisen, daß die Völker Europas alles Trennende zurückstellen müssen, um endlich einmal zu jenem Wohlstand zu gelangen, der ihnen nach dem Stande der Technik gebührt.

Was muß nun die Arbeiterklasse an Eintritt des Jahres tun? Von vornherein muß die Illusion zerstückt werden, als ob durch die Nichtzahlung der Reparationsleistungen die Wirtschaftskrise sofort behoben sein könnte. Gewiß sind die 1600 oder 1800 Millionen, die Deutschland in einem Jahr zu leisten hat, keine Kleinigkeit.

Aber sie stellen nicht das Entscheidende dar. Man bedenke, daß im Laufe eines Jahres mehr als zwei Milliarden Auslandsgelder abgeflossen sind. Daneben ist die Reichsbank ungeheuer geschwächt. Die Notendekung beträgt jetzt unter Aufbietung aller verfügbaren Reserven 40 Prozent, vor kurzem noch 60 bis 70 Prozent. Das Wichtigste, was jetzt getan werden mußte, ist die Stärkung der Reichsfinanzen. Das Reich muß von den drückenden schwebenden Schulden, die meistens kurzfristig sind, befreit werden. Es muß mit Energie darangegangen werden, die öffentlichen Verwaltungen so sparsam wie möglich zu gestalten. Alle überflüssigen Ausgaben, wie der Bau von Kriegsschiffen usw., haben zu unterbleiben. Das Reich, die Länder und Gemeinden müssen befähigt werden, ihre sozialen Aufgaben unter allen Umständen befriedigend zu lösen. Notwendig scheint es vor allem, das Vertrauen zu der öffentlichen und privaten Wirtschaft so weit zu festigen, daß das entflohenen Auslandsgeld wieder zurückkehren beginnt. Es muß versucht werden, dies in der Form von langfristigen Krediten zu bewerkstelligen. Kurzfristige Kredite in größerer Höhe sind ein Unglück für die Wirtschaft. Schon zum dritten Male hat die plötzliche Kündigung derselben zu schweren Erschütterungen geführt. Haben wir es doch erleben müssen, daß sogar Investitionen von nicht geringem Ausmaß mit kurzfristigen Krediten finanziert worden sind. Wir brauchen notwendig ausländisches Kapital, damit wir die deutsche Wirtschaft wieder ankurbeln können. Wenn es z. B. gelänge, große Arbeitsbeschaffungsprogramme durch langfristiges Auslandskapital in Angriff zu nehmen, dann würde die Arbeitslosigkeit zweifellos gemildert werden. Die deutsche Reichsregierung, die Reichsbank und alle in Frage kommenden Stellen müssen den Versuch unternehmen, das Vertrauen so weit zu festigen, daß der Auslandskredit in der gewünschten Form wieder nach Deutschland zurückfließen kann.

Die Notverordnung ist am 1. Juli in Kraft getreten. Mitte Juli erhalten die Arbeitslosen zum ersten Male die gekürzten Unterstützungen. Die Beamten erhalten niedrigere Gehälter und die Krisensteuer muß von den Arbeitern und Angestellten gezahlt werden. Eine Kaufkraftabschwächung größten Stils tritt ein. Die Regierung hat bereits zugesagt, die Notverordnung in ihren krassen Auswüchsen zu mildern. Jetzt ist es an der Zeit, an die Umwandlung der Notverordnung heranzugehen. Der soziale Druck, der auf den Massen in Deutschland lastet, ist nicht minder gefährlich als das Fehlen von Auslandsgeld. Er muß durch schlaueste Reflexion der Notverordnung gemildert werden. Dies kann schon geschehen dadurch, daß die Beträge für Subventionen, die in der Notverordnung enthalten sind, gestrichen werden. Subventionspolitik auch unter dem Mantel von sogenannter Arbeitsbeschaffung ist immer gefährlich. Man sollte schleunigst damit Schluss machen.

Eine großzügige Revision der Notverordnung mit dem Ziele, den Druck auf die schwachen Schultern zu mildern und den Opfern der Krise, den Arbeitslosen, ausreichende Unterstützungen zu gewähren, wäre eine Beseitigung des sozialen Drucks und damit eine Erleichterung für den Aufbau der deutschen Wirtschaft.

Das Felerjahr tritt in Kraft. Deutschland erhält eine Schonzeit von zwölf Monaten, innerhalb der es Zeit hat, notwendige Reformen zum Wiederaufbau der Wirtschaft einzuführen. Die Erhaltung der Lebenskraft der deutschen Arbeiterschaft scheint uns am wichtigsten dabei zu sein. Die deutsche Arbeiterschaft trägt seit zwei Jahren eine Last mit einer Geduld, die bewundernswert ist. Ein Felerjahr der Reparationen muß ihr diese Last erleichtern. Dafür wollen wir uns einsetzen. Die Organisationen der Arbeiter und Angestellten, vor allem die Gewerkschaften, leiden aber nicht minder unter der Krise. Die nächste Zeit muß benutzt werden, sie wieder finanziell und organisatorisch so weit zu kräftigen, daß sie imstande sind, zur gegebenen Zeit kraftvoll für die Interessen der Arbeiterschaft einzutreten.

Unternehmerwünsche und -phantasien.

Es sind keine frommen Wünsche, die aus dem Unternehmerlager in die Öffentlichkeit dringen, und es sind keineswegs, daß aber um so haltlosere Phantasien, in denen manche Gewaltigen in der Industrie und im Handel schwärmen. Wie so oft ist auch hier der Wunsch der Vater des Gedankens, und die Wünsche unserer sozialen Gegenspieler gehen auf eine vollständige, unbestrittene Vorherrschaft im Wirtschaftsleben hinaus. Wir haben ja schon oft darauf hingewiesen, daß der Bier nach dem Profit keine Grenze nach oben und dem Drängen nach Lohnabbau kein Widerstand nach unten gesetzt wäre, gäbe es keine Gewerkschaften. Wäre der Arbeiter heute noch wie vor fünfzig Jahren gezwungen, einzeln dem Unternehmer entgegenzutreten, in persönlichen Verhandlungen mit dem Arbeitgeber die von ihm gewünschten Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen, auf welchem Niveau stände heute die Lebenshaltung der Arbeiterschaft! Und welche Lust wäre es für die Unternehmer, zu leben und zu herrschen!

Und sie möchten doch zu gern herrschen! Die Wirtschaftskrise scheint ihnen der richtige Zeitpunkt zu sein, um die Entwicklung aufzuhalten und die Arbeiterschaft wieder leben zu lassen, wie ein halbes Jahrhundert zuvor. Der Lohnabbau ging zwar nicht ganz nach Wunsch und Willen der Unternehmer. Desto sicherer treten aber die von den Gewerkschaften vorausgesagten Wirkungen dieses Kaufkraftabbaus ein: Verschärfung der Krise, Steigerung der Arbeitslosigkeit. Aber die Unternehmer verstehen bekanntlich aus allen Wäntern Honig zu saugen. So schieben sie die unerwünschten Folgen ihres Lohnsenkungsverbrechens darauf, daß das — Verbrechen noch nicht groß genug gewesen sei, daß also durch die Schuld der Gewerkschaften der Lohnabbau nicht radikal genug sein und darum auch seine segensreichen Folgen nicht in vollem Maße entfalten konnte. An die Unfehlbarkeit dieses von ihnen angepriesenen Stimulans für die stockende Wirtschaft glauben sie aber noch immer, trotz der Erscheinungen, die klipp und klar das Gegenteil beweisen. Und rücksichtslos treten sie mit immer neuen Forderungen auf den Plan, mit solchen unerhörten Forderungen, daß sogar bürgerliche Zeitungen da „nicht mehr mit können“. Zu den neuesten Wünschen der Unternehmer auf weiteren Lohnabbau, über die wir auch schon berichteten, schreibt z. B. Günter Stein im „Berliner Tageblatt“, Nr. 314:

„Man ist grimmig entschlossen, noch radikaler als bisher gegen die Löhne und Gehälter vorzugehen. „Nehmen Sie an, man könnte durch eine Notverordnung sämtliche Löhne und Gehälter in Deutschland um 20 Prozent senken... man kann es ja wohl nicht, aber nehmen Sie einmal an... das ist das einzige, was uns vielleicht noch retten kann.“

Diese Männer, die sich „emporgehungert“ haben auf die Hügelwälder und Burgen des schönen Ruhrtales, diese Männer, die offenbar nur die Reklamebanken größtenwahniger Stadtverwaltungen sehen und, wie es scheint, noch nie in den Glendbaracken Tausender von Proletariatfamilien gewesen sind, diese Männer predigen:

„Wir müssen auf das Lebensniveau der uns umgebenden Völker heruntergehen.“

Gemeint sind Polen, die Tschechoslowakei und die fremden halbzivilisierten Industriearbeiter des nördlichen Frankreichs. Die Herren meinen offenbar, für Kultur und Bildung, dieses vielgerühmte Aushängeschild deutscher Weltgeltung, können sie schon selbst aus ihren Einkommen sorgen; darum brauchen sich die Arbeitnehmer nicht zu bemühen.“

Diese ungewöhnlich scharfe Sprache ist durchaus berechtigt. Es geht den meisten Unternehmern ja gar nicht darum, die deutsche Volkswirtschaft vor dem Verderben zu retten, es geht ihnen ja gar nicht darum, dem deutschen Volke (wozu auch die Arbeiterschaft gehört) den „Platz an der Sonne“ zu verschaffen. Es ist ihnen vielmehr um die Alleinherrschaft in Staat und Wirtschaft zu tun, um die vollständige Ausschaltung der Gewerkschaften, um den Wegfall aller sozialen Sicherungen der Arbeiterschaft, um die Beseitigung des ganzen Tarifwesens, um die Rückkehr zum „freien“ Arbeitsvertrag: „Wenn wir mit unseren Arbeitern selbst verhandeln können, wird es alles viel besser sein.“ Besser wird's wohl sein, fraglich nur, für wen. Ruhe wird dann herrschen im Wirtschaftlichen, aber die Ruhe des Kirchhofs. Ein nicht unwesentliches Anzeichen für ein härteres Auftreten der Unter-

Chemische Industrie

Ein Kunstseide-Syndikat

Seit längerer Zeit wird versucht, die deutsche Kunstseidenindustrie in einem Syndikat zusammenzufassen. Jetzt wurde ein Vertrag geschlossen zwischen den wichtigsten deutschen, holländischen, italienischen und schweizerischen Fabriken, die Viskose-Kunstseide herstellen. Der Vertrag regelt den Verkauf innerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs. Die einzelnen Firmen, wie Glanzstoff (Elberfeld), Glanzstoff-Courtauld (Aöin), J.-G. Farben und die übrigen deutschen Fabriken, ferner Allgemeine Kunstseide Linie, Arnhem, Holländische Kunstseide-Industrie Vreda, Snta Viskosa (Mailand), Chatillon Italiana (Mailand), Commerciala Italiana Seta Artificiale (Rom) und die Steckborn Kunstseide-WG. (Steckborn, Schweiz), haben sich entschlossen, den gesamten Absatz in Deutschland über die Kunstseide-Verkaufsbüro-G. m. b. H. (Berlin) gehen zu lassen. Der Absatz ist zwischen den beteiligten Firmen anteilmäßig aufgeteilt. In dem Arbeitsansatz haben Glanzstoff und Courtauld zusammen 6 Sitze, J.-G. Farben 3 Sitze, Snta Viskosa 2 Sitze und sämtliche anderen Firmen je einen Sitz. Diese Regelung betrachtet man als einen Vorläufer für die europäische Marktaufteilung der Kunstseidenindustrie. Gleichzeitig wurde ein Kupferkunsstseide-Syndikat mit dem Sitz in Elberfeld errichtet. Träger dieses Syndikats sind die Firmen Bemberg, J.-G. Farben und Kästner (Pirna). Der Geltungsbereich dieses Syndikats, das Kupferkunsstseide-Verkaufsbüro G. m. b. H. firmiert, geht über den deutschen Markt hinaus und gilt für die ganze Welt. Die Verbraucherschaft muß die Erwartung aussprechen, daß diese Syndizierung eines wichtigen Verbrauchsstoffes der Bekleidungsindustrie nicht zu übermäßiger Preisfestsetzung benötigt wird.

Die Herstellungskosten für Gummi in der Krise auf die Hälfte gedrückt.

Unter sämtlichen Rohstoffen erlitten die Gummipreise den stärksten Preissturz. Das Pfund Gummi, das im Durchschnitt des Jahres 1927 noch 18,4 Pence, 1928 10,7, 1929 10,2 kostete und im Durchschnitt des Jahres 1930 auf 5,9 Pence sank, geht in der Preisliste zurück. Im Juni d. J. kostete es nur 3,1 Pence. Da die Produktion nicht in einem Umfang eingeschränkt werden konnte, wie es dem Nachfragerückgang entsprochen hätte, konnte der Preisrückgang nicht aufgehalten werden. Nicht nur die Schwierigkeiten einer Einigung zwischen englischen und holländischem Gummikapital verhinderten die organisierte Produktionseinschränkung. Die Großplantagen haben ihre Produktion vielfach noch erweitert, einmal in der Absicht, ihre allgemeinen Unkosten, auf das Pfund Gummi gerechnet, zu erniedrigen, zum andern um der Eigenproduktionsproduktion eine noch schärfere Konkurrenz zu machen und diese zu vernichten. In diesem Bestreben haben die Großplantagen außer Reduktion der Löhne und Gehälter auch die Fortschritte der Technik sich stark zunutze gemacht. Dadurch konnten Ersparnisse an Produktionskosten erreicht werden, die diese seit 1922 allmählich auf die Hälfte gesenkt haben. Der Leiter eines der größten Gummifabrikanten erklärte kürzlich, daß die durchschnittlichen Produktionskosten (den Kapitalkosten und die Amortisation eingeschlossen) einer großen Anzahl von Großplantagen im Jahre 1922 10 Pence je Pfund betragen, 1928 dagegen nur 8 Pence, während heute dieselben Plantagen Produktionskosten aufweisen, die über 5 Pence nicht hinausgehen. Deshalb dürften die Gummipreise, falls ein starkes internationales Kartell nicht für deren Hochhaltung nach Überwindung der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise sorgen wird, auch bei einer zukünftigen Wiederbelebung der Weltwirtschaft, insbesondere der Automobilproduktion, gegenüber der Zeit vor Eintritt der Krise erheblich niedriger sein.

Der Kaliabfall im Juni.

Die Abladungen der zum Deutschen Kalisyndikat gehörenden Kalimerke im Juni 1931 betragen 533 136 Doppelzentner Reinkali gegen 959 470 Doppelzentner Reinkali im gleichen Monat des Vorjahres. In den ersten sechs Monaten des laufenden Kalenderjahres wurden von den Kalimerken insgesamt 6 242 666 Doppelzentner Reinkali gegen 8 292 303 Doppelzentner Reinkali in der gleichen Zeit des Vorjahres verhandelt. Die Abladungen in den ersten zwei Monaten (Mai und Juni) des laufenden Düngejahres betragen 1 108 767 Doppelzentner Reinkali gegen 1 751 245 Doppelzentner Reinkali in den ersten zwei Monaten des Düngejahres 1930/31. In diesen Zahlen sind die Abladungen der Kalimerke für die Exportländer des Syndikats mit enthalten.

Papier-Industrie

Merkwürdige Kartellwirkungen in der Papierindustrie.

Die Dividendenausstattungen des letzten Geschäftsjahres 1930 waren bei der deutschen Papier- und Zellstoffindustrie, gemessen an der Lage der übrigen Wirtschaft, verhältnismäßig günstig. Bei den drei großen Konzernen Waldhof, Aschaffenburg und Feldmühle, auf die allein gut zwei Drittel der deutschen Gesamtproduktion entfallen, lag die Dividende durchweg erheblich über 10 Prozent. Die Gründe hierfür mögen in erster Linie in der fortgeschrittenen Konzentration und der strengen Kartellierung dieses Gewerbebezuges zu suchen sein, zumal das Auskommen von Außenstehern als Folge künstlich hochgehaltener Preise wenig zu befürchten ist, da Neugründungen beim gegenwärtigen Stand der Technik sehr erhebliche Kapitalaufwendungen erfordern würden. Das Geschäftsjahr 1931 scheint jedoch das erste Krisenjahr zu werden. Hierfür ist gerade die Art, in der die Kartellierung in der Papierindustrie durchgeführt wurde, verantwortlich. Bisher wurden nämlich nur gewisse Produkte kartelliert, die, wie z. B. das Zeitungsdruckpapier, ein einheitliches, sogar

internationalisiertes Erzeugnis darstellen. Die durch Abmachungen über Produktionsbeschränkungen in diesen Produkten unangenehmsten Anlagen wurden nun nicht etwa stillgelegt, sondern zu vermehrter Produktion in jenen Artikeln verwandelt, die von der Kartellierung noch nicht ergriffen waren. So konnte es kommen, daß selbst im Frühjahr 1931 die Anlagen noch vergrößert wurden, was beim Rückgang der Nachfrage zu starkem Preisfall der nichtkartellierten Erzeugnisse führte. So wird beispielsweise satiniertes Druckpapier, das vor anderthalb Jahren noch um 30 Prozent teurer war als Rotationspapier, gegenwärtig kaum höher bezahlt, trotzdem inzwischen die Kartelle den Preis auch für Rotationsdruckpapier von 31 auf 28 Pfennig herabsenken mußten. Bei einzelnen Sorten Packpapier sind die Verkaufspreise auf die Hälfte gesunken, da die ausländische Konkurrenz sich hier besonders bemerkbar machte. So ging die Krise in der Papierindustrie von den nicht kartellierten Erzeugnissen aus, denen sich infolge der Produktionsbeschränkungen in den kartellierten Waren die unangenehmste Kapazität der Anlagen zuwandte.

Die Bourgeoisie ist am Ende, wir wollen noch viel weiter vorwärts!

Die Bourgeoisie ist allenfalls für die Demokratie, solange sie das politische Gebiet nicht überschreitet und solange die wirtschaftliche Autokratie des Großkapitals nicht in ihren Grundfesten angegriffen wird. Die Bourgeoisie ist allenfalls für die politische Gleichberechtigung, solange das Privateigentum an den kapitalistischen Produktionsmitteln gesichert wird, das den Kapitalisten die Ausbeutung der Lohnarbeit garantiert. Für die Bourgeoisie ist mit der bürgerlich-demokratischen Republik die Grenze des Möglichen erreicht. Bis hierher und nicht weiter. Das Proletariat ist noch lange nicht am Ende seines Willens gelangt. Sein Ziel wird erst mit seiner ökonomischen Befreiung, mit der Aufhebung der Lohnarbeit, verwirklicht sein. . . .
Arthur Crispian (in „Unser Weg“, Nr. 5, 1930).

Nahrungsmittel-Industrie

Zur Lage der englischen Zuckerindustrie.

England gehörte in der Vorkriegszeit zu den Ländern, die fast gar keinen Zucker erzeugten. Es bezog seinen Zucker damals zu einem erheblichen Teile aus Deutschland. Durch den Krieg war die Zuckerausfuhr nach England unterbunden, und bei der Zuckerversorgung Englands entstanden große Schwierigkeiten. Aus dieser Erfahrung zog man in England den Schluß, daß man selbst Zucker, wenn auch zunächst nur in bescheidenem Umfang, erzeugen müsse. Mit Unterstützung aus staatlichen Mitteln wurde künstlich eine Zuckerindustrie großgezogen. Nach dem englischen Subsidengesetz erhielt die englische Zuckerindustrie in den letzten drei Jahren für jeden Zentner erzeugten Zucker ein Subsidium von 13 Schilling. Das Gesetz sieht vor, daß dieses Subsidium im Berichtsjahre 1932/33 auf 6 Schilling 6 Pence herabgesetzt werden sollte.

Die englische Regierung hat nun dem Unterhaus einen Gesetzentwurf unterbreitet, wonach im laufenden Betriebsjahre noch ein Zuschuß-Subsidium von 1 Schilling 3 Pence je Zentner gezahlt werden soll. Begründet wird diese Maßnahme damit, daß der Weltmarktpreis für Zucker gerade im letzten Jahre stark gesunken sei. Diese starke Preissteigerung fällt gerade mit dem Zeitpunkt zusammen, an dem auch das Subsidium stark gesenkt werden soll. Das sei für die Zuckerindustrie nicht erträglich. Das Unterhaus stimmte der Vorlage zu. Zu gleicher Zeit veröffentlicht nun die „Times“ eine Zusammenfassung über die Geschäftsabschlüsse einiger Gesellschaften aus der Zuckerindustrie, die einen Einblick in die geschäftliche Lage der englischen Zuckerindustrie gestatten. Wir entnehmen dieser Veröffentlichung folgendes:

	City	Canley	Kelham	Ipswich	King's Lynn
Reingewinn (Pfd. Sterl.):					
1930-31	61 241	124 090	14 853	62 047	45 487
1929-30	126 490	150 318	11 363	61 396	51 787
Dividende (Prozent):					
1930-31	12%	20	5*	12%	10
1929-30	12%	20	5*	12%	10
Rücklage (Pfd. Sterl.):					
1930-31	4 991	24 090	7 755	12 047	487
1929-30	70 240	50 318	8 288	11 396	6 787
Zuckergehalt (Prozent):					
1930-31	15,72	16,70	17,55	17,02	16,10
1929-30	16,83	18,18	18,42	17,90	17,20
Gezahlter Rübenpreis für die Tonne (Schilling):					
1930-31	46,8	49,8	52,6	50,9	47,11
1929-30	50,1	54,7	55,5	53,8	51,4

Drei Gesellschaften — City, Canley und Ipswich — verfügen über große Vermögen, und alle, mit Ausnahme von Kelham, zeigen einen guten Überschuss der fünfjährigen Werte. City hat nahezu 650 000 Pfund Sterling flüssige Vermögenswerte bei weniger als 100 000 Pfund Sterling laufenden Verpflichtungen; den laufenden Verpflichtungen von Canley von 125 000 Pfund Sterling stehen 675 000 Pfund Sterling laufende Vermögenswerte gegenüber; die laufenden Vermögenswerte der Zuckerfabrik Ipswich von nahezu 380 000 Pfund Sterling überschreiten die laufenden Verpflichtungen um über 300 000 Pfund Sterling; und die King's Lynn Co. hat einen Überschuss von 100 000 Pfund Sterling. Die Direktoren von Some Crown (Kelham) weisen darauf hin, daß, da die Ertragslage gemäß dem Abkommen mit dem Landwirtschaftsministerium vom Jahre 1920 am 31. März v. J. abließ, die Dividendenberechtigung der Regierung nicht mehr für das Geschäftsjahr geübt habe. Die Anteile im Besitz der Regierung stehen jetzt pari passu mit den anderen Anteilen für die jetzige und die zukünftigen Dividenden, und solange die Regierung noch Anteile hat, kann keine höhere Dividende als 5 Prozent gezahlt werden.

* Auf erhöhtes Kapital.

Nach dieser Darstellung erhält man folgendes Bild: Der erzielte Reingewinn ist bei City gegenüber dem Vorjahre stark gesunken, bei Canley und King's Lynn ist ebenfalls eine mäßige Senkung beim Reingewinn zu verzeichnen. Die anderen beiden Gesellschaften weisen dagegen eine Steigerung beim Reingewinn auf. Das gezahlte Rückgeld war bei allen Firmen etwas niedriger als im Jahre 1929/30. Trotz der teilweise starken Senkung beim erzielten Reingewinn ist die Dividende bei allen Gesellschaften die gleiche wie im Vorjahre. Das ist ein Zeichen dafür, daß die englische Zuckerindustrie in früheren Jahren genügend Reserven aufgestaut hat, um später darauf zurückgreifen zu können. Es wird also drüber genau so gemacht wie in Deutschland. Im übrigen zeigen die Ausführungen, daß die englische Zuckerindustrie nicht schlecht fundiert ist. Ob und wie lange sie die staatliche Unterstützung noch erhalten wird, ist eine Frage der Zukunft. Ob man aber ohne diese Unterstützung in England auf die Dauer Zucker erzeugen kann, hängt nicht nur von der Befestigung des Weltmarktpreises, sondern auch davon ab, ob die englische Rübenzuckerindustrie auf Grund der dortigen Bodenerträge und anderer Dinge mit der Zuckerindustrie der übrigen Länder konkurrieren kann. Der Beweis ist bislang noch nicht erbracht. E. Senkfeil.

Verschiedene Industrien

Unternehmensformen in der Spielwarenindustrie.

In der deutschen Spielwarenindustrie herrschen die Einzelunternehmung und die offene Handelsgesellschaft vor. Die Kapitalgesellschaften treten als Unternehmensform zurück. Die wenigen vorhandenen Kapitalgesellschaften sind zumeist aus Familienunternehmungen hervorgegangen. Aktiengesellschaften, die ausschließlich oder überwiegend Spielwaren herstellen, sind nur in Thüringen, Oberfranken, Nürnberg und Brandenburg vertreten. Insgesamt kommen nach Ermittlungen des Enqueteausschusses neun Aktiengesellschaften in Frage. Dazu kommen mehrere Aktiengesellschaften der Gummi-, Zellulose-, Porzellan- und Kinderwagenbranche. Diese Unternehmungen stellen aber die Spielwaren nur als Nebenartikel her. Die größte Aktiengesellschaft der Spielwarenindustrie sind die Bingwerke in Nürnberg. Der Enqueteausschuß stellt über die Entwicklung der Bingwerke folgendes fest:

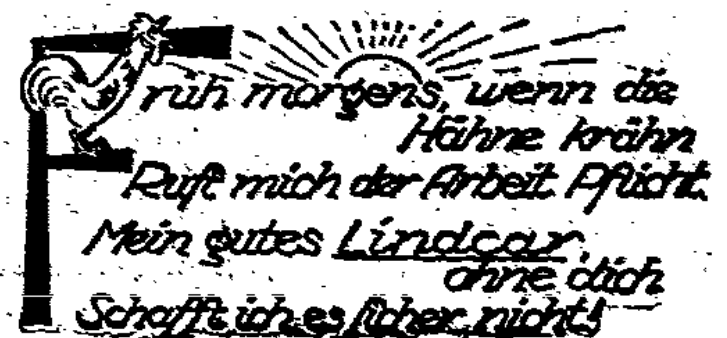
„Die Bingwerke waren eine Zeitlang auch die Trägerin der Konzernbestrebungen in der Spielwarenindustrie. Bereits 1916 begann die Verwaltung, durch die Betriebsvergrößerungen infolge der Heeresproduktion angeregt, einen entsprechenden Ausbau ihrer Vorkriegsproduktion vorzubereiten. Die Exportkonjunktur der Inflationsjahre wirkte in gleicher Weise. Dabei wurde Produktionssteigerung insofern eine neue Idee in der deutschen Spielwarenindustrie verwirklicht, als an Stelle der bisherigen Beschränkung auf eine einzelne Spielwarengruppe im Konzern die Fabrikation fast sämtlicher Spielwarenartikel aufgenommen wurde. Der Größe des Konzerns entsprechend umfaßte dieser wie ja auch bereits die Muttergesellschaft außer der eigentlichen Spielwarenerzeugung noch andere Produktionsgebiete (Haushalts-, Küchengeräte und Phantasieartikel).

Parallel zu diesem Übergreifen auf andere Produktionsgruppen ging eine regionale Expansion. Das Erzgebirge und das Thüringer Land wurden in den Kreis des Bingunternehmens mit einbezogen. Der starke Ausbau der eigenen Handelsstätigkeit führte 1917 auch zur Gründung einer besonderen Vertriebsgesellschaft (Concentra-WG.). 1923 erreichte die Ausdehnung des Konzerns, durch die Inflation unterstützt, ihren Höhepunkt.

Nach der Stabilisierung geriet der Konzern in Schwierigkeiten. Im Laufe des Jahres 1928 mußten sich die stark in Verschuldung geratenen Bingwerke einer Sanierung unterziehen. Die Verwaltung ist seither bestrebt, das Unternehmen auf den ursprünglichen Kern (Metallspielwaren und Metallwaren) zurückzuführen und zu diesem Zweck die verschiedenen Beteiligungen abzulösen. 1925 waren in den Bingwerken in der Spielwarenproduktion allein etwa 3000, 1927 nur noch etwa 1500 Arbeiter beschäftigt. Nach dem Stand vom 31. Dezember 1928 bestanden außer der MoBa, G. m. b. H., Nürnberg (Eisen- und Metallwaren), und der Gebrüder Sauer, KG. (Kinderfußwaren), die als selbständige Abteilung der Stammfirma geführt werden, noch folgende Beteiligungen der Bingwerke als Reste des ehemaligen Konzerns:

Firma und Erzeugnisse	Nominalkapital in 1000 RM.	Größe der Beteiligung in %
Kammerer & Reinhardt, AG, Walkershausen (Herstellung von Puppen, Puppenteilen aller Art) mit eigener Puppenkopffabrik:	1000	97
Simon & Häbig, KG, Gräfenhain	180	66%
Welfch & Co., G. m. b. H., Sonneberg (Puppenfabrikation)	200	80
Schäffmeister & Quendt, KG, Gossa (Puppenkopf- u. Porzellanpielzeugfabrikation)	150	80
Metallwarenfabrik, vorm. Max Dammhorn, AG, Nürnberg, mit Tochtergesellschaft (Eisen- und Metallwaren)	600	82,35
Felsenstein & Mainzner, G. m. b. H., Nürnberg (Eisen- und Metallwaren)	—	100
Bing, Glas und Keramik, KG, Nürnberg (Keramikartikel)	600	100
Horddeur-Bing, G. m. b. H., Richtenfels (Korbwaren)	150	50
Hola, Gef. für Wärme- und Kälteisolation, Rudolfsbad (Isolierflaschen)	250	100
Concentra, AG, Nürnberg (Handel)	200	100
Orga, AG, Berlin (Alleinvertreib der Strommaschinen)	400	100

Als weitere Zusammenschlüsse in der Spielwarenindustrie sind zu nennen die Firma Karl Beck & Alfred Schulze, AG, seit 1930 in Ohrdruf, und die Firma Borgfeldt & Co., Sonneberg, die an drei kleineren nordthüringischen Porzellanpuppenkopffabriken beteiligt ist. S. Effen.



Unterhaltung, Wissen und Bildung

Die Uhr ging nach.

Die Uhr ging nach. Ich kam zu spät zum Werk. Der Pförtner lächelte und drohte mit dem Finger: „Nanu, was machen Sie denn heut' für Dinger? Sechs über um! Schnell raus, sonst gibt es 'n Vermerk!“

Die Tre-, en hoch wie ein geheftes Tier. Nur keinen treffen, keinen treffen! — war mein Denken. Grad wollt' ich um die letzte Ecke schwenken — Stand dick und breit, verdammt noch mal, der Chef vor mir!

„Was ist? — Wo komm'n Sie her? — Warum zu spät? — Uhr nach? — Schert euch gefälligst zeitiger aus dem Bettel Beim Meister melden!“ — Ob ich Ohren hätte? — Und warum ich ihn noch so blöd anlocken tät? —

Ich wollt' entgegnen. Doch er fauchte schon: „Au werden — werden Sie wohl etwa auch noch dreifler?“ Ich schwieg und ging und suchte lang den Meister. . . Am Jahrtag fehlte mir ein voller Stundenlohn.

Lutz, ein Wirker.

Die „dummen“ Gänse.

Ich konnte folgende Beobachtung machen: An einem Bach hielten sich fünf Gänse auf, und auch fünf noch ganz kleine Gänselein waren dabei. Da sich die kleinen Gänselein zu weit in den Bach vorgewagt hatten, wurden sie von der Strömung mit fortgerissen, weil der Bach gerade an dieser Stelle ziemlich rasch fließt. Die alten Gänse hielten eine kurze Beratung; viel Zeit war nicht zu verlieren. Jetzt flogen sie auf, über das Wasser dahin, den Gänselein nach. Da sie schneller flogen als das Wasser fließt, waren sie bald den kleinen Gänselein voraus. An einer Stelle, wo sich der Bach staut, also ruhiger fließt, ließen sie sich auf das Wasser nieder, eine ganz dicht neben der anderen, quer über den Bach, und bildeten auf diese Weise einen Schutzwall, um die kleinen Gänselein aufzufangen. Dem Wasser entgegengehend, erwarteten sie die Gänselein. Genau wurde die Richtung abgepaßt, woher die kleinen Gänselein kamen. Da der Schutzwall nicht über den ganzen Bach reichte, mußte aufgepaßt werden, daß die Gänselein nicht vorbeischwammen. Und die Sache klappte großartig. Es wurden alle aufgefangen und dem Ufer zugetrieben. Nun sagt: Haben die Tiere Verstand? Hatte das kurze Geschwätz bei der Beratung nicht folgendes zu bedeuten: Wir können den Kleinen nicht nachschwimmen; wir müssen fliegen, das geht schneller. Wir müssen alle helfen, nicht bloß die Gänsemutter. Dann das Aussehen der Stelle, wo sich das Wasser staut! Haben auch die Tiere Verstand, oder war das Instinkt? *Maximilian Hermswald.*

Matthias Filzer auf dem Standesamt.

Von L. Froschau.

Nach dem Tode seines Vaters begab sich Matthias Filzer aus Bredschlapp zum Gemeindefschreiber und sagte: „I möcht standesamtlich vermelden, daß mei Vadem selig gestorbn is.“

Der junge Beamte fragte: „Wie hieß Ihr Vater, wie alt war er und wann ist gestorben?“

„Mei Vadem is der Filzer. Waffl und war im amundsfähigsten Jahr.“

„Wie bitte?“

„Waffl Filzer sag i.“

„Einen Waffl gibt es nicht. Sebastian heißt das.“

„I kenn koan Sebastian net.“

„Reden Sie nicht so dummes Zeug! In der Amtssprache gibt es nur einen Sebastian.“

„I ho do net sagu, daß er Sebastian hoast, bal i koan Sebastian net kenn.“

„Verstehen Sie doch, Filzer! Man schreibt Sebastian und sagen tut man Waffl.“

„Matthi sagd ma Waffl. Koan Sebastian gibd es in ganz Bredschlapp net.“

„Ich muß Sie schon bitten, Filzer. Wenn Sie so hochbeinig sind, kann ich den Sierbefall nicht ins Register eintragen.“

„Soll is mir Waffl.“

„Aber Filzer!“

„Bal es so sambannu daherrredn, nacha sag i überhaupt nir net.“

„Erhalten Sie, Herr.“

„I bin boa Herr net, bal oamer so dabbert daherrred.“

„Filzer's Nase wurde rot.“

„Also Sebastian Filzer mit i wie Jidor und 3 wie Zacharias.“

„Jericht sagd er Sebastian, jögt wieder andericht. Was wovens denn überhaupt? I bin sei der Filzer Hias, Wafflgerl.“

„Ich meine, daß Sie sich anständig benehmen sollen und daß man Filzer mit i und 3 schreibt.“

„Matthi schreibd mans mit am n. Was is gewiß.“

„Wie alt war Ihr Vater?“

„I Stakra amundsfähig.“

„Eunndsfähig Jahre?“

„Jawoll, im amundsfähigsten.“

„Also siebzig, wenn er im einundsechzigsten Lebensjahre stand?“

„Bal es so an Widdin fragen, nacha kennt sie ja koaner net.“

„In amundsfähigstu war er.“

„Filzer, Sie können nicht rechnen.“

„Wollas mi derblecken? Soll werd i woll wißu, wie alt mei Vadem war. Wo brauch i akat esua zum Rechnen, akat so an dukhata Schreibebsgßl, so an damichn Affa, als wie es oamer is.“

„Filzer's Nase wurde röter.“

„Filzer, wäßigen Sie sich! Ich habe nicht Zeit, mich mit Ihnen herumzuzergern. Wann und wo hat Ihr Vater das Licht der Welt erblickt?“

„Mei Vadem, Waffl Filzer, hod in Bredschlapp am die sechzger Jahr' is Licht der Welt erblickt.“

„Warfen Sie, ich werde in den alten Geburtsregistern nachsehen. Also 1860, da is nicht, 1850 . . . hier: Sebastian Filzer, geboren am 3. April als Sohn des Stammaes Wafflgerl Filzer und seiner Ehefrau Philomena, geborene Hasdenkles. So, jetzt is der Fall hartär. Ihr Vater war am 3. April vorigen Jahres 70 Jahre alt, kranck, als er kranck, im 71. Lebensjahre und hätte in drei Wochen seinen 72. Geburtstag gefeiert. Man muß nur ein bißchen denken können.“

„So händer Handwärtel, es anegschanker! Was hünda es esua denn ein, es Wafflgerl es waidiger? Was wannes überhaupt? I bin doch boa Hiaswaffl. I bin der Filzer Hias, Hirschhand vom Kaffeebrennerei Bredschlapp. Da wöll die jede Reden mit Gwetzgen erzälla. So.“

„Herr Filzer, ich bitte Sie, zu bedenken, daß Sie hier auf amtlichen Boden stehen und ich, der Katschirektor von Bredschlapp, Sie jederzeit wegen Bescheidenheitswidrigung anzeigen und demzufolge verhaften lassen kann.“

„Filzer's Nase wurde blaun.“

„So schong's her! So a Glosfi, so a daherglanfner Fackel, so a Lampo so a dredader. Es pagawesser Hungerleider, so.“

„Herr Filzer, ich muß Ihnen das Betreten dieser amtlichen Stätte verbieten. Damit Sie aber Ihr Auzrecht einsehen, will ich Ihnen sagen, daß jeder Mensch, wenn er zur Welt kommt, seinen ersten Geburtstag wenn er ein Jahr alt is, seinen zweiten Ge . . .“

Weiter kam der Herr Katschirektor von Bredschlapp mit seiner Erklärung nicht mehr; denn Filzer ging auf den Schreiber zu, hob seine gewaltigen Bauernfästen und dann geschah etwas . . .

Nach einem Monat bekam die Gemeinde Bredschlapp einen neuen Gemeindefschreiber und der Ökonon Matthias Filzer wegen schwerer Körperverletzung drei Wochen Gefängnis.

Das Geburtstagsständchen.

Humoreske von Arthur Schup.

Wurz hatte Geburtstag. Was war natürlicher als dies, daß ihm das Quartett „Fenchel Kegel“ ein Ständchen bringen wollte. Wurz wehrte sich zwar erst dagegen. Er wußte ja genau, daß so einem Ständchen allerhand nachhinkt, das oft ein stattliches Ständchen verschlingen kann. Da die „Fenchel-Kegel“-Sänger immer einen riesigen Durst hatten, rundete sich dieses unangenehm nachhinkende Etwas zu einem schönen Ständchen zusammen. Das war auch der Grund, weshalb sich Wurz den Sangesbrüdern gegenüber erst abschlägig verhielt.



Da diese sich aber beleidigt fühlten und durcheinander brammten, blieb Wurz doch nichts anderes übrig als zuzulassen. Nachher reute es ihn wieder. Es war aber gesagt, und daran konnte er nun nichts mehr ändern. Es sei denn, er blamierte sich. Und dazu hatte Wurz keine Lust.

Allabendlich wurde nun geprobt, und nachher wurden zur Erhaltung der Stimmhänder unzählige Glas Bier getrunken. Natürlich auf Kosten des Geburtstagskinder.

Am fraglichen Tage trafen sie sich dann nochmals im Stammlokal, um Generalprobe abzuhalten. Da sie so vorzüglich funktionierte und sie außerdem noch gut eine Stunde Zeit hatten bis zum Ständchen, vertilgten sie gleich noch ein paar Glas Bier. Wobei sie sich gegenseitig veralkten, um die Stimmhänder in Schwung zu halten.

Als sie dann wirklich aufbrachen, war es höchste Zeit. Eilig zitterten sie los. Das heißt, sie schwankten schon ein bißchen. Der Tenor führte. In Wurz' Hof mit seinen Sängern angelangt, mußte er jedoch die fürchterliche Entdeckung machen, daß er die Notenblätter vergessen.

Was nun? Jemand zurückschicken und die Noten holen lassen, war nicht ratsam, zumal sie sich sowieso schon verpätet hatten.

„Singen wir einfach das Lied: Schier dreißig Jahre bist du alt“, meinte da die Baritonstimme. „Das kann schließlich jeder anwendig. Und da Wurz heute wirklich dreißig alt ist, paßt es auch. Nur müssen wir statt 'schier' 'schon' singen.“

Der Vorschlag fand allgemeine Zustimmung. Erhaben war der Gesang aber nicht. Die Nachbarleute rührte er nicht im geringsten. Um so mehr den Himmel. Der meinte sogar: „Wurz ließ sich jedoch nicht sehen.“ Dafür im zweiten Stockwerk ein Frauenzerr. Weit lehnte es heranz.

„Freiheit das!“ kreischte sie die Sänger von oben an. „Auf so eine Weise eine ehrbare Frau zu beleidigen! Schert euch zum Teufel!“

Die Sänger verstummten und stierten die Frau an.

„Ja, euch meine ich!“ kreischte diese nun wieder. „Wenn ich heute schon dreißig alt wurde, was geht das euch an? Gar nichts! Wenn es wenigstens Gesang wäre! So aber graust es einem davor. Schämt euch! Pfui!“

Des Fensters klickte zu. Stille herrschte für ein Weilschen. Wo aber war Wurz? Er ließ sich nicht blicken. Lautlos schlich schließlich das Quartett „Fenchel Kegel“ zum Hof hinaus, seinem Stammlokal zu.

Wurz lag indessen sorgenvoll in seinem Bett und dachte an den Ausgang des Ständchens. Er war nämlich vor einigen Tagen umgezogen, hatte aber den Wohnungswechsel den Sangesbrüdern nicht mitgeteilt.

Ob aus Bosheit oder Vergeßlichkeit, weiß nur er.

Der Streikbrecher.

Bei dem großen Lohnstreik hielt der lange Adams die Stunde für gekommen, die sich jedem einmal bietet. Die Stunde, in der das Glück seinem die Hand reicht. Und er, Friedrich Wilhelm Adams, war nicht der Mann, diesen Augenblick ungenutzt vorbeigehen zu lassen! Oho, er würde schon zapacken!

So bleibt er in der Wade, als die anderen die Arbeit hinwerfen und dem Unternehmer erklären, daß sie für den Dreifachlohn nicht länger arbeiten.

Der Meister sieht ihn erkannt an, als Adams bleibt: „Na, Adams, Sie sind doch organisiert!“

„Ich arbeite weiter!“, erwidert dieser kurz und wütend. Dem Meister ist es natürlich recht. Je mehr eingearbeitete Leute bleiben, um so leichter sind neue Arbeiter anzulernen.

Auch Lili Adams macht große Augen, als ihr Mann ihr erzählt, daß er sich dem Streik nicht angeschlossen hat. Lili ist die Tochter eines sozialistischen Fabrikanten. Sie hat selbst vor ihrer Heirat in einer Fabrik gearbeitet und am eigenen Leibe die Notwendigkeit einer großen, geschlossenen Organisation kennengelernt. So hält sie die Erklärung ihres Mannes, daß er sich dem Streik nicht angeschlossen habe, zunächst für einen Scherz. Als sie merkt, daß es Ernst ist, bricht sie in schmerzliches Weinen aus. Das Gefühl der Klagen-Gemeinschaft ist ihr etwas so Selbstverständliches,

daß ihr niemals auch nur der Gedanke an die Möglichkeit gekommen wäre, sich von dieser Gemeinschaft zu lösen. Und daß nun gar ihr Mann sich von dieser Gemeinschaft losgerissen hat, ist ihr einfach unfassbar.

„Ach was, hab dich nicht so, Lili! Solidarität und Zusammengehörigkeit sind gewiß etwas sehr Schönes. Aber ich pfeife drauf, wenn sie mich in meinem Fortkommen hindern. Vorwärts will ich! Hochkommen will ich! Du glaubst ja auch an den Klassenkampf und weißt so gut wie ich, daß wir heute leben, niemals den Sieg unserer Klasse erleben werden. Ich will mich aber nicht mein ganzes Leben lang krefen lassen wie Daser, wie deine und meine Brüder, wie all die anderen unserer Klasse! Ich will nicht! Ich will mich nicht länger krefen lassen! Und wenn denn schon krefen werden muß, dann will ich lieber selber krefen als gekrefen werden! Und dann!“ — seine Stimme wurde weicher — „denk an unsere Kinder, Lili! Die sollen es doch einmal besser haben als wir!“

Der Streik ging verloren, wie Adams es vorausgesehen hat. Er ist Vorarbeiter geworden mit der Aussicht, zum Meister aufzurücken, sobald ein Platz frei wird. Und doch wird Adams seines Aufstiegs nicht recht froh. Daß er während des Streiks mit allerlei Geschindeln zusammenarbeiten muß, daß man von überall her zusammengelockt hat, um die Kraft der Organisation zu brechen, das ging noch an. Schlimmer ist die Verachtung der früheren Arbeitskollegen. Und kaum zu ertragen ist es, daß auch seine Frau darunter zu leiden hat, die tiefer als er diese Verachtung und den gesellschaftlichen Boykott empfindet.

Vor der gedrückten Stimmung im Haus sucht Adams Trost und Vergessen im Wirtshaus. Zuerst selten, dann öfter.

Zwar ist er sich völlig klar darüber, daß dieser „Trost“ ein teures und recht kurzes Vergnügen ist, und daß er sich nachher um vieles elender fühlt als vormem. Aber er kann der Lockung nicht mehr widerstehen.

Der Streik ging verloren. Aber er wurde zu keiner Niederlage der Gewerkschaft, die den Kampf rechtzeitig abbrach. Die kluge Führung des Verbandes hatte mit ihr nur die beiderseitigen Kräfte messen und die Front des Gegners abtasten wollen. Und als die Gewerkschaft zwei Jahre später in einem günstigen Augenblick — es war Hochkonjunktur und gab wenig freie Arbeitskräfte — den Kampf erneut aufnahm, da erlangte sie einen vollen Erfolg. Nicht nur in der Lohnfrage. Die Unternehmer des Bezirks mußten sich verpflichten, nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter einzustellen. Damit flog auch Adams auf die Straße.

Seitdem ging es mit ihm bergab. Betrunk er sich zuerst nur in größeren Zeitabständen, so wurden diese Zwischenräume immer kürzer. fand er auch, da er ein großer, stämmiger Kerl war, leicht Arbeit, so wurde er meist auch ebenso rasch wieder entlassen, sobald man seine Schwäche erkannte. Nicht einmal als Brauereiarbeiter konnte er sich halten. Denn einen betrunkenen Brauereiarbeiter konnte man ebenfowenig brauchen wie irgendeinen anderen betrunkenen Arbeiter.

Mit der tapferen Selbstverständlichkeit, mit der Frauen sich meist in das Unvermeidliche finden, frag Lili Adams ihr Geschick. Sie nahm den Kampf mit dem Leben auf. Konnte sie auch nicht hindern, daß ihr Mann immer tiefer sank, so wollte und konnte sie doch verhindern, daß er auch sie und die Kinder mit zugrunde richtete.

Es war nicht leicht für Lili, ihren Weg zu gehen. Daß sie für ihre Kinder und bald auch für ihren Mann zu sorgen und das tägliche Brot zu verdienen hatte, war nicht das Schlimmste. Viel schlimmer traf sie das Geschick in ihren Kindern selbst. Waren die beiden Ältesten frisch, gesund und kräftig, der Junge ein Ebenbild des kraftvollen Vaters aus den ersten glücklichen Jahren der Ehe, das Mädel ganz die energische, kluge, lebensfrohe Mutter, so wirkte sich die Trunksucht des Vaters bereits an den jüngeren Kindern aus.

Noch viermal wurde Lili Adams Mutter. Aber der vom Trunk vergiftete Körper ihres Mannes war nicht mehr fähig, ein gesundes Geschlecht zu erzeugen. Das erste Kind starb früh und die drei anderen waren schwachsinig.

Wer immer als Sozialist für ein besseres Los der kommenden Geschlechter strebt und kämpft, wird die Schwere des Schicksals nachfühlen können, mit dem Lili gerade in ihren Kindern getroffen wurde.

Aber sie verzweifelte nicht. Konnte sie ihren Mann nicht retten und ihren jüngsten Kindern nicht Gesundheit und Verstand geben, so konnte sie doch arbeiten, dachen und kämpfen, um ihren heilben Ältesten, gesunden Kindern den Aufstieg zu einem besseren Los zu ermöglichen. Und sie arbeitete, darbt, kämpfte und — siegte. Es gibt viele Lili Adams in der Welt.

Kurt Hellbut.

Humoristische Ecke.

Da kannst du was erleben. Jemand will nach München fahren und fragt seinen Bekannten, wo er was „erleben“ könne. — „Nichts einfacher als das. Du gehst ins Hofbräuhaus, steigst auf einen Tisch und singst: Ich bin ein Preuze . . . dann kannst du was erleben!“

Auskunft in München. „Ist es zum Hofbräu noch weit, mein Herr?“ „O naa, höchstens fünf Minuten vom Marktplatz weg.“ „Und wie weit ist es denn bis zum Marktplatz?“ „Dass kann höchstens zwanzig Minuten sein.“

Der Kähler seiner Ehe. Ein Künstler arbeitete an einem Gemälde auf einem irischen Bauernhof. Da traf es sich, daß eine Gans gerade ein Ei legte. Der Künstler malte den Vorgang sehr realistisch, nur daß er nicht ein Ei, sondern drei Stück malte, und zwar eines blau, das zweite grün und das dritte gelb.

„Woll'n wir doch sehen“, sagte der Mann, „was die Gänsemama für einen Schnabel machen wird, wenn ich ihr die Eier zeige!“

Aber statt der Gänsemama kam der Gänserich neugierig herangewatscht. Der Maler zeigte ihm das Bild — mit mißtrauischem Blick schaute es der Gänserich an —, dann hob er plötzlich die Flügel, füllte sich wie rasend auf den Pfau, der eben vorbeispazierte, und erwürgte ihn auf der Stelle.

Eine Geschichte in „Abzieh“-Bildern. Frühmorgens sagte die Hausfrau zum Dienstmädchen: „Lina, die Bettwäsche ist nicht mehr recht sauber; die müssen Sie abziehen!“

Vormittags sagte die Hausfrau zur Lina: „Das Malzbiert scheint jetzt gar zu sein; das müssen Sie abziehen!“

Beim Nachmittagsspaziergang hatte die Gnädige den Sonntagsbraten eingekauft: „Lina, hier ist ein Hase; den müssen Sie gleich mal abziehen!“

Gegen Abend hieß es: „Lina, die Kinder wollen schlafen gehen; Sie müssen ihnen die Stiefel abziehen!“

Am nächsten Morgen: „Lina, heute ist der Letzte, hier haben Sie Ihren Lohn; vom Versicherungsgeld muß ich Ihnen zwei Drifkel abziehen!“

Da raffte sich aber Lina auf und sagte: „Ne, Madam, das laß ich mir nicht gefallen. Mein Koffer is schon gepackt. Jetzt wer ich selber abziehen!“